



Elenor Volprich
*Langzeitarbeitslosigkeit
in Ostsachsen*

*Langzeitarbeitslosigkeit
in Ostsachsen*

von

Elenor Volprich

**Rosa-Luxemburg-Verein e.V.
Leipzig 1994**

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

**Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben
von Lutz Höll und Manfred Neuhaus**

Heft 10

© **ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V.**

Rosa-Luxemburg-Straße 19-21

04103 Leipzig

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus und Hans Rossmann

Redaktion: Manfred Neuhaus

Titelfotografie von Christiane Eisler

Korrektur: Ursula Albert

Satz: Daniel Neuhaus und Giesela Neuhaus

Herstellung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung
und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Sachsen m.b.H.

Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

ISBN 3-929994-12-7

Inhalt

Elenor Volprich:

Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen

1.	Untersuchungsgegenstand und -methode	5
2.	Personale und soziale Charakteristika der Untersuchungspopulation	8
3.	Materielle Existenzbedingungen	14
4.	Einstellungen im Hinblick auf Wahrnehmung und Verarbeitungsweisen der Erwerbslosigkeit	15
4.1.	Reflexion erlebter sozialer Beziehungen im (ehemaligen) Betrieb	16
4.2.	Wertschätzung von Berufstätigkeit	21
4.3.	Akzeptanz von Arbeitslosigkeit und Hoffnung auf Wiedereintritt in das Berufsleben	23
4.4.	Veränderungen in den sozialen Beziehungen	24
4.5.	Verhaltensänderungen	25
4.6.	Alltagsroutine	27
4.7.	Psychische und physische Veränderungen	28
4.8.	Eigeninitiative	28
5.	Aspekte des politischen Habitus	32
5.1.	Politisches Interesse	33
5.2.	Mediennutzung	34
5.3.	Organisationsgrad vor 1989 und nach der »Wende«	35
5.4.	Einstellungen zu den etablierten Parteien	37
5.5.	Rechtsextremismus	38
5.6.	Nationalbewußtsein	40
5.7.	Meinungen über die Gewerkschaften	42
6.	Zusammenfassung	46
7.	Literaturverzeichnis	53

Weitere Veröffentlichungen

des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig..... 57

1. Untersuchungsgegenstand und -methode*

Die pessimistischsten Prognosen über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern sind schon seit längerem durch die Realität übertroffen. Vergleiche dazu gibt es in diesem Jahrhundert nicht, denn auch die Weltwirtschaftskrise 1929/1933 erreichte insgesamt weder das Ausmaß und die Struktur noch erzeugte sie in diesem Tempo und in dieser regionalen Dichte und Gleichförmigkeit. (Siehe HEINE 1992.)

Für die Menschen in den neuen Bundesländern bricht die Arbeitslosigkeit in ein soziales Bedingungssystem von zwei Generationen, für die dieses soziale Phänomen in Realität und Einstellung nicht existierte und zu keiner Zeit eine Denkmöglichkeit überhaupt darstellte. Arbeitslosigkeit wurde als eines der größten Defizite einer Gesellschaft verstanden, die systemextern vorhanden war. Deshalb waren und sind die Menschen in den neuen Bundesländern weder im allgemeinen noch im besonderen vorbereitet, ohne Arbeit zu sein. Die Betroffenheit von diesem Zustand wurde dramatisch als Einfall fremder Mächte empfunden, und zunächst zum Teil als Schock weitgehend unbearbeitet erlebt.

Auf entsprechende Bewältigungsstrategien waren die neuen Bundesbürger nicht vorbereitet. Keiner der Betroffenen und noch nicht Betroffenen konnte und kann sich wie die Menschen aus den alten Bundesländern auf die Macht der Traditionen im Umgang mit dieser Situation stützen. In vergangenen und aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen habitualisierte Einstellungs- und Handlungsmuster können nicht aktiviert werden, weil sie nicht ausgebildet sind. Einen Analogieschluß bezüglich der zu entwickelnden Bewältigungsstrategien durch die Menschen aus den alten auf die neuen Bundesländer zu ziehen,

* Die Studie wurde im Auftrag von BASIS e. V. (Beratungsstelle für arbeitsorientierte Strukturentwicklung in Sachsen) angefertigt.

verbietet sich deshalb von selbst. Sowohl quantitativ als auch in qualitativer Hinsicht sind erhebliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu konstatieren.

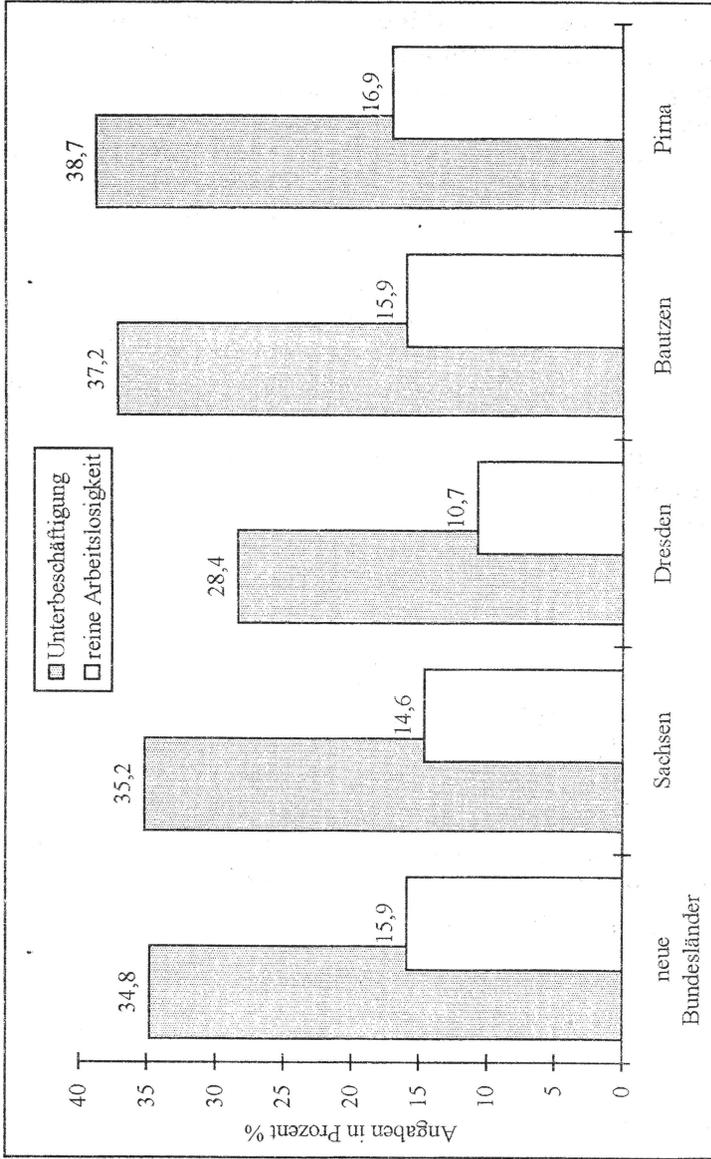
Obwohl starke regionale Differenzierungen im Umfang der Arbeitslosigkeit auf dem Territorium der neuen Bundesländer feststellbar sind, ist von einer das ganze Gebiet Ostdeutschlands erfassenden flächendeckenden Massenarbeitslosigkeit auszugehen. Im April 1993 verzeichneten die neuen Bundesländer eine Arbeitslosenquote von 15,9%, in Sachsen betrug sie 14,6%, in Dresden 10,7% (das ist die mit Abstand geringste Quote der neuen Bundesländer). Der Arbeitsamtsbezirk Bautzen meldete 15,9% und Pirna 16,9%. Daß sich in diesen Angaben die ganze Problematik nicht ausdrückt, wird deutlich, wenn die Quoten der Untererwerbstätigkeit in die Analyse einbezogen werden. Sie betragen für die neuen Bundesländer 34,8%, für Sachsen 35,2%, für Dresden 28,4%, für Bautzen 37,2% und für Pirna 38,7% (siehe IAB WERKSTATTBERICHT 1. 4/15. April 1993). Deutliche Veränderungen ergaben sich in den folgenden Monaten des Jahres 1993 nicht, so daß diese Angaben aussagefähig ab dem zweiten Quartal des Jahres 1993 sind.

Der qualitative Aspekt der Arbeitslosigkeit besteht darin, daß nahezu alle Alters-, Qualifikations- und Geschlechtergruppen erfaßt sind. Auch wenn Indizien bereits gegenwärtig auf von der Arbeitslosigkeit schon traditionell betroffene soziale Gruppen aufmerksam machen (Unterqualifizierte, Alleinstehende mit Kind, ältere Arbeitnehmer, Frauen, Behinderte), so kennzeichnen diese noch nicht die Typik der derzeitigen Arbeitslosen.

Selbstverständlich sind die Unterschiede zur Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre – in geradezu klassischer Weise von JAHODA/LAZARFELD/ZEISSEL (1960) in der Marienthaler Studie dargestellt – evident. Erprobte soziale Netze verhinderten bisher, daß es zu chaotischen Zerrüttungen der Gesellschaft gekommen ist.

Die Studie verfolgt das Ziel, Einstellungen (die in bestimmtem Maße Schlüsse auf die Handlungskompetenz zulassen) von

Abbildung 1: *Quote der Unterbeschäftigung im April 1993*



Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) im Hinblick auf Wahrnehmung und Verarbeitungsweisen der Erwerbslosigkeit zu erfassen. Darin eingeschlossen sind folgende Untersuchungsaspekte: *Erstens* personale und soziale Charakteristika der Untersuchungspopulation, *zweitens* Einstellungen bezüglich der Wahrnehmung und der Verarbeitungsweisen der Erwerbslosigkeit sowie *drittens* Aspekte des politischen Habitus.

Die empirischen Ergebnisse wurden vorwiegend durch Interviews ermittelt. In die Untersuchung waren 28 Personen aus den Arbeitsamtsbezirken Bautzen und Pirna einbezogen. Dank der Mithilfe der Arbeitslosenberater der IG Metall in Pirna sowie der Bereitschaft von Mitarbeitern der Arbeitsloseninitiative Bautzen erklärten sich diese Langzeitarbeitslosen bereit, an einem Interview, das in der Regel mehr als zwei Stunden dauerte, teilzunehmen. Die Atmosphäre bei den Interviews war durchgängig aufgeschlossen, und von den Beteiligten wurde großes Interesse bekundet. Nicht selten setzte sich nach den Interviews ein Gespräch von ebenso großer Dauer fort. Oft agierte dann der Interviewer als Berater der von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

Die Auswahl der Probanden erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Sie beansprucht keine Repräsentativität. Vielmehr handelt es sich bei den untersuchten Personen um eine positive Auswahl. Unzulässige Verallgemeinerungen sind nicht zu treffen. Dennoch sind die Ergebnisse vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen für eine bestimmte Beschäftigten- und Altersgruppe durchaus typisch. Der Zeitraum der Untersuchung erstreckte sich von September bis Dezember 1992.

2. Personale und soziale Charakteristika der Untersuchungspopulation

Geschlecht: Frauen waren mit knapp zwei Drittel (64%) überproportional an der Untersuchung beteiligt, geht man von ihrem bisherigen Anteil an der Erwerbstätigkeit aus (51% in der DDR,

aber 39% in der ehemaligen Bundesrepublik – siehe FRIEDRICH/WIEDEMEYER 1992. S.31). Allerdings entspricht die Beteiligung der Frauen an der Untersuchung ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit in Sachsen. Von drei Arbeitslosen sind zwei Frauen. Den Auslöser der relativ hohen Frauenbeteiligung an der Untersuchung stellte das Auswahlverfahren dar. Über Presse und Arbeitslosenberater der IG Metall sowie über Mitarbeiter von Arbeitsloseninitiativen wurde um freiwillige Teilnahme gebeten. Im Ergebnis dessen bekundeten wesentlich mehr Frauen als Männer ihr Interesse. Das zeugt von einem freimütigeren Umgang mit der Arbeitslosigkeit bei Frauen, ebenso von einer bewußteren und aktiveren Einstellung zu existentiellen Lebensfragen, die für Frauen in der DDR vor allem auch Berufsfragen waren. Daraus entsprang folgerichtig Klärungsbedarf und somit Informations- und Kommunikationsbereitschaft.

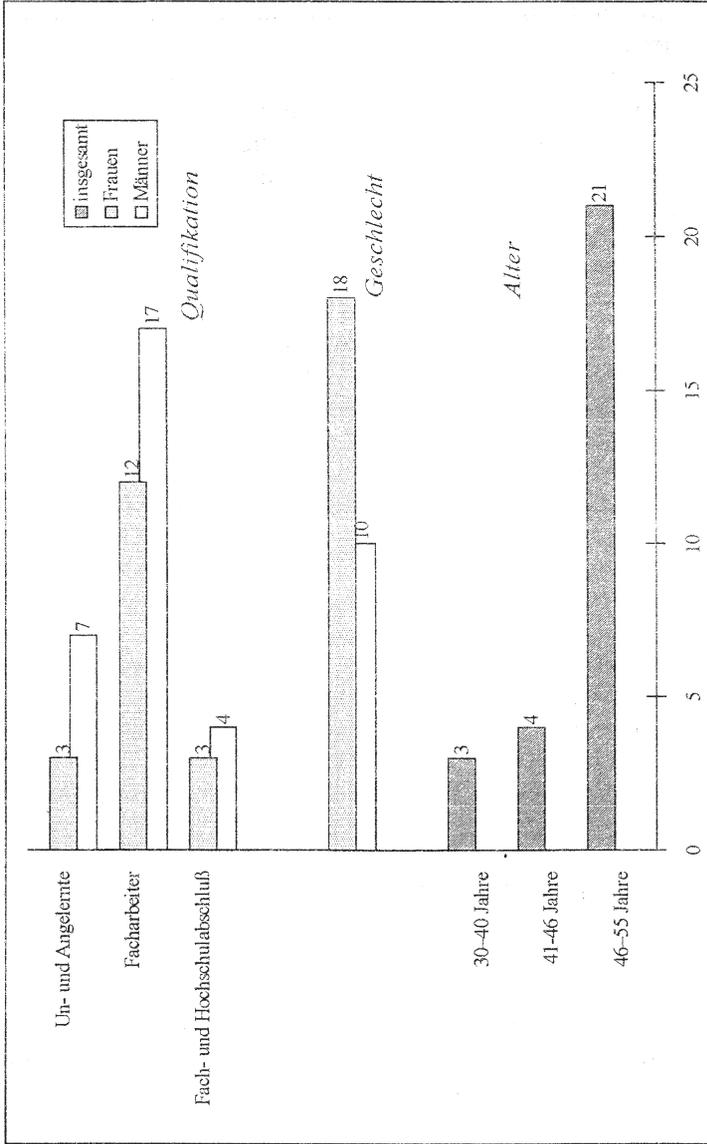
Alter: Die untersuchten Personen gehörten vor allem der Gruppe der älteren Arbeitnehmer an: 65% befanden sich im Alter zwischen 46 und 55, 35% zwischen 30 und 46 Jahren, darunter nur drei, die jünger als 40 Jahre waren. Typisch für die Population sind Angehörige jener Gruppen, die als Schwervermittelbare gelten, u.a. ältere Arbeitnehmer und Frauen. Gerade diese Personen sind mit reichen Erfahrungen, hoher professioneller Kompetenz und einem sozialen Habitus ausgestattet, der für die Gesellschaft unverzichtbar sein dürfte.

Familiäre Situation: Zwei von drei in die Untersuchung Einbezogenen waren verheiratet, ein Drittel partnerschaftlich ungebunden, z. T. durch Ehescheidung. Es dominierte die Ein- und Zweikindfamilie. Noch im Haushalt befindliche und zu versorgende Kinder (Vorschul- und Schulkind sowie Auszubildende) und Kinder, die selbständig sind und einen eigenen Haushalt führen, sind gleichmäßig in der Untersuchungsgruppe verteilt. Mit einem vergleichsweise hohen Anteil von knapp 30% leben berufstätige Kinder noch im Haushalt der Eltern. Eine Versorgung von Personen, die nicht der unmittelbaren Kernfamilie angehören (z.B. Großeltern), aber im Haushalt wohnen, erfolgte in

der Regel nicht. Dagegen wurden Pflegeverpflichtungen gegenüber außerhalb des Haushaltes lebenden Verwandten wahrgenommen. Das sprengte jedoch nicht den Rahmen diesbezüglicher DDR-Realität, für die unmittelbare Verantwortlichkeiten für die Betreuung betagter Verwandter eher selten war.

Qualifikation: Das Qualifikationsniveau der Probanden widerspiegelte in den Proportionen ungefähr das der DDR: 14% Un- und Angelernte, 60% Facharbeiter und 26% Hoch- und Fachschulabsolventen. Frauen waren anteilig mehr un- und angelernt (18%) bzw. mehr Facharbeiter (65%) und weniger Absolventen einer Fach- und/oder Hochschule (18%). Aber jeder zweite der in die Untersuchung einbezogenen Männer verfügte über einen Fach- bzw. Hochschulabschluß. Dies ist für die Gesamtheit der erwerbstätigen Männer in der DDR untypisch. Die alte Geschlechterteilung nach qualifikatorischem Gesichtspunkt reflektierte sich in der Untersuchung, die aber ein vergleichsweise solides Ausbildungsniveau der Frauen zeigte. Ein beachtlicher Teil der Facharbeiter (auch hier besonders Frauen) war nicht mehr im ursprünglich erlernten Beruf tätig. Entweder wurde ein weiterer Facharbeiterabschluß erworben (z.T. in Abendschulen und betrieblichen Fortbildungskursen), oder es erfolgte eine Qualifikation ohne staatliches Zertifikat für andere, oftmals verantwortlichere Tätigkeiten im Betrieb. Dieser übrigens nicht selten beschrittene Qualifikationsverlauf – bei den Betroffenen mit einem diesbezüglich gut ausgebildeten Selbstbewußtsein einhergehend – zeigte Aspekte innerbetrieblicher Flexibilität, die allerdings mit der DDR-typischen geringen Mobilität der Berufstätigen gekoppelt war. Dem Zusammenhang von betrieblicher Flexibilität und beruflicher Mobilität sind leider bisher kaum Untersuchungen gewidmet. Er sollte aber verstärkt in den Blickpunkt von Erörterungen rücken, zumal auch vor allem jüngere Untersuchungen eine geringe Flexibilität und eine geringe Mobilität der Berufstätigen feststellen, was ja keine unbekannte Tatsache beschreibt. (Siehe UNTERSUCHUNG BOCHUM 1992.) Werden solche Aussagen

Abbildung 2: Verteilung der Stichproben nach Qualifikation, Geschlecht und Alter



jedoch nicht differenziert, sind Pauschalisierungen nicht zu vermeiden.

Berufliches Timing: Ausnahmslos alle Interviewpartner begannen ihr Berufsleben nach Beendigung der Schulzeit bzw. nach Abschluß der beruflichen Ausbildung. Eine Unterbrechung der Berufstätigkeit, vor allem bei Frauen infolge der Geburt von Kindern und ihrer Erziehung, sowie vieljährige oder vorherrschende Teilzeitarbeit war eher untypisch. Letztere wurde von der Gesellschaft auch wenig gefördert. In der Regel währte die Unterbrechung der Berufstätigkeit ein Jahr (ein bezahltes Mütterjahr gab es für die meisten der in die Untersuchung einbezogenen Frauen noch nicht) bzw. nach dem ersten Schuljahr des/der Kindes(r). Nach einer zeitlich kürzeren Phase der Teilzeitarbeit wurde die volle Berufstätigkeit bis zum Verlust des Arbeitsplatzes nach der »Wende« wieder aufgenommen. Die volle Erwerbstätigkeit beanspruchte bei Frauen durchweg die längste Phase ihrer Berufstätigkeit. Fehlzeiten wegen der Kinder gab es nahezu nicht bzw. spielten für Qualität, Inhalt und Umfang der Berufstätigkeit keine Rolle. Die in der Untersuchung gewonnenen Daten über die Dauer und den zeitlichen Verlauf der Berufstätigkeit von Frauen können als DDR-typisch bezeichnet werden und besitzen für deren Persönlichkeitscharakteristik Aussagekraft. Sie bezeichnen zugleich den Gegensatz zur gängigen Praxis in der BRD. Eine im wesentlichen kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern existierte dort nicht. Trotz deutlicher Steigerung im letzten Jahrzehnt können nur wenige aus dieser Personengruppe auf Kontinuität ihrer Berufstätigkeit verweisen. Der übergroße Anteil der Mütter – das betrifft die ältere und jüngere Generation gleichermaßen – hat früh die Erwerbstätigkeit aufgegeben. (Siehe DIW-WOCHENBERICHT 19/1992.)

Diese knappe Darstellung von Persönlichkeitsmerkmalen der Population ist von größerer als einer statistischer Relevanz: Die untersuchte Personengruppe gehört im Prinzip zur ersten Generation, die ganz unter DDR-Bedingungen sozialisiert ist –

sieht man bei den über Fünfzigjährigen davon ab, daß sie im Kindesalter Krieg und Nachkrieg mit allen Erschütterungen und Erschwernissen erlebten. Ihr bewußter Lebensweg war mit der Aufbauphase einer sich als alternativ zum Kapitalismus verstandenen Gesellschaft verbunden. Sie nahm die Chancen für berufliche Entwicklung wahr, die mit Arbeitsplatzsicherheit und – für Frauen vor allem wichtig – zunehmender umfassender Hilfe der Gesellschaft für die Kinderbetreuung verbunden war, aus welchen Motiven der Gesellschaft auch immer, z. B. aus Gründen der Nutzung der Arbeitskraft aller verfügbaren Personen zur Sicherung der ökonomischen Stabilität der Gesellschaft, aber auch aus dem Anspruch heraus, ein Menschenbild, das allen gleiche Entwicklungschancen einräumen sollte, gestalten zu wollen. Die im Laufe der persönlichen Biographie erfolgte Stabilisierung ihrer individuellen Lebensbedingungen wurde besonders auch von dieser Generation zunehmend als Konflikt erlebt, zugleich aber von der Masse prinzipiell nicht in Frage gestellt. Besonders für diese in einer auf Arbeit zentrierten Gesellschaft sozialisierte Generation stellte sich der Gesellschaftszerfall als Bruch ihrer Lebensbiographie dar, der wohl am schmerzhaftesten mit dem Verlust der Berufstätigkeit, als Verlust ihrer zentralen Lebensorientierung erlebt wird und mit dem Schock, lebenssichernde Selbstverständlichkeiten als solche bisher nicht begriffen zu haben.

Sollen Einstellungen zur und Verarbeitungsweisen der Erwerbslosigkeit von Langzeitarbeitslosen Gegenstand von Untersuchungen sein, dann ist dieser Hintergrund zu erfassen. Damit orientiert die Frage nach der Art und Weise des Umgangs mit der Arbeitslosigkeit und allgemeiner sozialer Unsicherheit speziell bei dieser Generation auf ein Untersuchungsfeld, das theoretische und praktische Kernbereiche des gesellschaftlichen Umbruchs trifft .

3. Materielle Existenzbedingungen

Einkommen: Der durchschnittliche Nettoverdienst (der letzten drei Monate der Berufstätigkeit) betrug 1.350,- DM. Die Höhe des Arbeitslosengeldes der Untersuchten ist mit 1.150,- DM zu beziffern. Das Gesamteinkommen der Familie war zum Untersuchungszeitraum 2.050,- DM. Die Differenzierungen im Gesamteinkommen der Familie reichten von 800,- DM (Alleinerziehende mit Kind) bis zu 3.000,- DM (Ehepaar ohne Kind). Die meisten verfügten aber über ein Einkommen um die 2.000,-DM.

Armut ist derzeit offensichtlich noch nicht ein so einschneidendes Problem in den neuen Bundesländern. Eine der Hauptursachen besteht darin, daß die hohe Erwerbstätigkeit der Frauen in der DDR zu Ansprüchen an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenunterstützung u.a. berechtigt, die auf das Familieneinkommen trotz Arbeitslosigkeit noch positiv durchschlagen.

Mit einer Ausnahme wurde das derzeitige Einkommen als ausreichend bzw. gerade ausreichend empfunden – nur eine Person sah sich finanziell völlig unzureichend ausgerüstet. Allerdings sind erhebliche Einschränkungen notwendig. Sie werden vor allem bei Konsumtionsmitteln vorgenommen, Reisen unterbleiben, und kulturelle Veranstaltungen werden nur sehr selten besucht. Letzteres zu unterlassen fällt umso leichter, da ohnehin ein großer Teil von Kulturstätten in den sächsischen Randgebieten geschlossen wurde.

Alle äußerten Angst bezüglich der zukünftigen finanziellen Sicherheit. Diese erwies sich in der Untersuchung als die größte Bedrückung und erreichte in einigen (wenigen) Fällen bei Frauen eine Schwelle, wo rationale Steuerung schon nicht mehr möglich war. Eine finanziell ungesicherte Zukunft bei Menschen, die ein selbstbewußtes langes Arbeitsleben hinter sich hatten und die sich bisher einer, wenn auch vergleichsweise bescheidenen, Altersversorgung versichern konnten, wird als unverdiente Härte empfunden. Ein erheblicher Anteil der Langzeitarbeitslosen stand unmittelbar vor dem Ende der Zahlung

des Arbeitslosengeldes. Arbeitslosenhilfe erwarteten einige wegen des über der Bewilligungsgrenze liegenden Einkommens des Ehepartners kaum, so daß ein Leben am Rande des Existenzminimums befürchtet wird.

Wohnsituation: Die Wohnsituation kann als gut bewertet werden. Ein Teil hatte seinen Wohnsitz in ländlichen Gegenden und besaß ein Eigenheim, das behalten und halten zu können, alle Betroffenen annahmen. Diejenigen, die in Mietverhältnissen lebten, hofften auf deren Fortdauer und auf bezahlbare Mietpreise. Ein akutes Wohnungsproblem bestand nicht.

4. Einstellungen im Hinblick auf Wahrnehmung und Verarbeitungsweisen der Erwerbslosigkeit

Die sozialen Intentionen der bereits dargestellten Persönlichkeitsmerkmale sind durch eine nicht mehr vorhandene Gesellschaftsordnung geprägt, wirken aber weiter. Diese reale komplizierte Widerspruchssituation förderte eine zumeist politisch motivierte, bisher aber wissenschaftlich nicht bewiesene Behauptung über eine sozialisationsbedingte Inkompetenz der Ostdeutschen im Umgang mit Konflikten und Risiken der Erwerbstätigkeit, von denen der Verlust der Arbeit die extremste Konfliktsituation darstellt. Fragen danach, wie ostdeutsche Langzeitarbeitslose auf ein bisher individuell unbekanntes existentielles Risiko, wie es die Erwerbslosigkeit darstellt, reagieren, welche Einstellungen sich als aussagefähig über eine eventuelle potentielle Kompetenz oder Inkompetenz im Umgang mit der Arbeitslosigkeit erweisen, sind deshalb zu untersuchen. Die vorliegende Untersuchung widmet sich diesen Fragen, benennt jedoch nur einige Aspekte. Dazu gehören Einstellungen und Meinungen zur Berufstätigkeit – weniger als funktionale Realisierung von Qualifikationen, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt, ein soziales Beziehungssystem zu sein – und zum anderen Aussagen über relevante Verhaltensebenen der Persönlichkeit.

4.1. Reflexion erlebter sozialer Beziehungen im (ehemaligen) Betrieb

Die Frage nach den erlebten und gelebten sozialen Beziehungen im Betrieb löste bei den meisten starke Emotionen aus. Mit Ausnahme von zwei Personen, die nur einschränkend eine positive Bewertung der Sozialbeziehung im Betrieb abgaben, wurden letztere durchgängig gut und sehr gut bewertet:

– »Also, ich muß schon sagen, ohne jetzt zu theoretisieren, wir haben uns im Kollektiv, wie wir damals sagten, alle sehr gut verstanden. Wir sind ungern auseinanderggegangen, und wir haben auch im Privatleben zusammen gefeiert. Bei uns kam das immer aus dem Inneren heraus« (männlich, 53 Jahre).

– »Ich habe mich sehr wohlgefühlt. Ich war immer in sehr guten Arbeitskollektiven, und ich habe nie so etwas festgestellt (wie im Fernsehen gezeigt), daß Kollegen so angefeindet werden. Vielleicht ist das bei uns auch gar nicht so gewesen, weil wir das Karrieremachen so nicht kennen. Das war bei uns nicht [...] wie das jetzt in dem neuen Gesellschaftssystem ist. Ich finde, alles Menschliche bleibt auf der Strecke. Man kann sagen, das war wie in Familie. Natürlich gab es auch Reibungen, die gibt's überall. Nun ja, mit denen ist man auch fertig geworden, oder man hat sie links liegen gelassen. Aber so im allgemeinen hab' ich wie Heimweh [...] Freilich, es ging so nicht weiter. Man hat ja oft gesagt, »Kinder, das geht so nicht weiter«, wenn man gesehen hat, wie manche sich so bereichert haben, und keiner hat mehr gerechnet, es ist so viel geschludert worden. Es ging nicht mehr weiter, ist alles klar. Aber so von den ganzen Beziehungen her, wünsche ich mir doch die alte Zeit wieder zurück. Da ging's nicht bloß ums Geld, wir waren ja eine sozialistische Brigade. Wir hatten über das ganze Jahr einen Plan gemacht. Was wir alles unternommen haben!!! Busfahrten, Weihnachtsfeiern, Familienausflüge« (weiblich, 55 Jahre).

– »Ich möchte einschätzen, daß ich mich in dem Kollegium wohlgeföhlt habe, daß es viele Freunde gab. Nicht alle sind Freunde, das ist völlig normal. Daß wir aber eine Gruppe waren, die eigentlich, wenn es darauf ankam zusammenzuhalten, wirklich zusammengehalten hat. Wir sind durch dick und dünn gegangen, wir haben Schweres durchgemacht und Schönes miteinander auch erlebt, so daß ich eigentlich auf dieses Kollegium nicht verzichten wollte und nicht verzichten will« (weiblich, 50 Jahre).

Eine Ursache emotionaler Überreaktionen bei dieser Frage ist sicher in der gegenwärtigen Lage der Arbeitslosen selbst zu sehen. Inhaltliche und zeitliche Distanz zur Berufstätigkeit verstellt oft den Blick auf das Vergangene und birgt die Gefahr seiner Glorifizierung. Verlorenes wird zum Gegenbild der gegenwärtigen Tristesse. Jedoch ist aus den Befunden weder eine Problemreduzierung noch eine nostalgische Verklärung der DDR-Vergangenheit das Typische. Überwiegend wird die Meinung vertreten, daß das gesellschaftliche System in der DDR ohne Überlebenschance war und eine Rückkehr in alte Verhältnisse den Weg aus der derzeitigen Misere nicht darstellen könne. Aber hinter den Wahrnehmungen z. B. der sozialen Beziehungen im unmittelbaren Arbeitsbereich drückt sich in Erfahrung geronnener Alltag aus. Zu ihm gehörte, Selbstverständlichkeiten erörterungslos auch als solche zu nehmen. Im jetzt erzwungenen Rückblick erfahren diese Selbstverständlichkeiten durch ihre Negation erstmalig in dieser Verbindlichkeit ihre positive Bewertung, und die entstandene Leerstelle wird als existentielles Defizit bewußt.

Folgende Argumente sind in weiteren Untersuchungen zu verifizieren, da vorliegende Studie dazu nur Anhaltspunkte gibt: *Erstens:* Offensichtlich fühlte sich nicht nur der Einzelne, sondern war er defacto in den betrieblichen Interaktionen »aufgehoben«. Entgegen manchen Darstellungen war Entindividualisierung im unmittelbaren Arbeitsbereich eher untypisch. (Siehe VOIGT/HILL 1992.) Konfliktabweisung ist nicht anzunehmen,

vielmehr eine Atmosphäre, die Problemartikulation – auf welchem Niveau und in welcher Schärfe auch immer – ebenso einschloß wie Hilfe und auch Zuwendung. Zuweilen fungierte der unmittelbare Arbeitsbereich als Ersatz für Mitglieder ohne familiäre Bindung und manchmal auch als Halt für sozial Gefährdete. Zu dieser Funktion war die Arbeitsgruppe auch deshalb befähigt, weil die Zusammensetzung relativ stabil war und unterschiedliche Generationen und Erfahrungswelten vereinte. Die praktisch nicht vorhandene Mobilität der Berufstätigen hatte u.a. den Effekt, Dauerbeziehungen entwickeln zu können und zu müssen. Das erzeugte zuweilen ein familiäres Klima, in dem zwischen Betrieblichem und Privatem oft keine scharfe Trennung vorhanden war. Vorgesetzte waren in diese Atmosphäre im allgemeinen integriert.

Zweitens: Selbstredend existierten Neid, Mißgunst, ungesunder Ehrgeiz und Karrieredenken. Deren Ausmaße erreichten aber selten die Grenze, um zu einer realen Bedrohung für die Gruppe insgesamt und einzelne Gruppenmitglieder zu werden sowie um dauerhaft das Betriebs- und Arbeitsklima negativ beeinträchtigen zu können. Das Interesse an der Wahrnehmung von Leitungsfunktionen war eher unterentwickelt. Der Stuhl des Vorgesetzten war in der Regel sicher, weil unattraktiv. Leiten bedeutete oft, mehr Verantwortung für wenig oder weniger Geld zu übernehmen. »Privilegierte« auf diesen Ebenen gab es kaum. Ein allein auf Konkurrenz reduziertes Verhalten zeichnete sich in den seltensten Fällen ab. Insofern eröffneten sich Spielräume und Chancen, Leistung und Leistungsanspruch in einen sozialen Konnex einzuordnen, der auch Platz für individuelle Interessen und Bedürfnisse schuf. Sich bekannt zu machen, weil man erkannt werden wollte, erschloß Räume für Motivationen, die sinnvolles Arbeiten mit dem persönlichen Leben zu verbinden imstande waren. Der Betrieb war weitaus mehr als bloße Produktionsstätte. Es war durchaus gängig, daß sich Freundschaften im Arbeitsbereich entwickelten und sich Arbeitskontakte im privaten Bereich fortsetzten. Auch das spricht für die These der

Durchlässigkeit der betrieblichen für die private Sphäre und umgekehrt. Offensichtlich ist das für eine Gesellschaft, die fast ausschließlich auf die Arbeit fokussiert war, eine logische Folge.

Drittens: Der Leistungsdruck war infolge nicht beherrschter ökonomischer Mechanismen sehr unterschiedlich, z.T. nicht vorhanden. Das förderte massenhaft eine Nivellierung der Leistungsangebote und Leistungsergebnisse, der Fähigkeiten, Fertigkeiten und des Wissens der einzelnen Mitglieder im Arbeitsprozeß. Damit wurden die realen Chancen für eine leistungsorientierte Motivation permanent vergeben. Unausgelastetheit in der Arbeit beförderte auch Kommunikation, initiierte diese jedoch auf einem Niveau, das mehr Leistungszurückhaltung erzeugte, die vorhandene Leistungsbereitschaft aber nicht abforderte. Darin ist ein Hauptgrund zu sehen, weshalb Leistungsmotivationen zunehmend und dramatisch eine rückläufige Tendenz zeigten. Kommunikationsebenen verlagerten sich. Der Arbeitsbereich diente als Hülle und Legitimation privater Ambitionen, es erfolgte so auch eine Fremdbestimmung betrieblicher Kernfunktionen.

Besondere Kritik erfuhren zwei Problemkreise: Bei großer Anerkennung der erreichten Gleichberechtigung von Mann und Frau in der DDR wurde gerade diese scharf kritisiert. So stellte eine Ingenieurin die Kraftanstrengung dar, die erforderlich war, um ihre männlichen Kollegen und den (ebenfalls männlichen) Vorgesetzten zu überzeugen, selbst die Anleitung zu ihren technischen Konstruktionen vor Ort auf der Baustelle vornehmen zu können. Sie wollte eigenverantwortlich ihr Produkt von der Idee bis zur praktischen Umsetzung begleiten.

Dort, wo Frauen in Arbeitsbereichen die Minderheit darstellten und wo sie Tätigkeiten ausübten, mit denen sie Domänen der männlichen Kollegen erobern wollten, bedurfte es des überdurchschnittlichen Einsatzes und einer unerhörten Kraftanstrengung der Frauen. In vielen Fällen gelang ihnen das nicht, sehr oft kapitulierten sie vorzeitig. Zwischen aufsteigender Hierarchieebene und abnehmbarer Frauenpräsenz bestand ein

direkter Zusammenhang. Patriarchalische Strukturen und Paternalismus wurden in der DDR nie prinzipiell in Frage gestellt.

In Arbeitsbereichen mit hohem bzw. alleinigem Frauenanteil gab es diese Konfliktfelder und deshalb auch die Durchsetzungsnotwendigkeit nicht, auch nicht die situativ erzwungenen Anstrengungen, in männerdominierte Phalanxen eindringen zu müssen. Das bedeutete in diesen Fällen, Leitungspositionen, die auch in Betrieben mit hohem Frauenanteil vornehmlich Männer inne hatten, anzustreben. Diesbezügliche Ansprüche an die Konfliktfähigkeit der Frauen konnten und brauchten sich hier nicht herausbilden.

Inwieweit unter solchen Bedingungen sozialer und politischer Anspruchslosigkeit Stimuli der Leistungsentwicklung und des Wettbewerbsgedankens (Konkurrenzdenken) wirkten und welche Leistungsentwicklung erfolgte, kann aus der Untersuchung nicht abgeleitet werden. Voreilige Schlüsse, wonach eine durch Konkurrenzabwesenheit mögliche Harmonie der Sozialbeziehungen einen Pseudostatus im Sinne einer Notgemeinschaft angenommen hätten, sind ebenfalls nicht zu ziehen, bedürfen aber weiterer Betrachtung.

Ein anderes Kritikfeld stellte das Leistungsverhalten der Beschäftigten in den Betrieben dar. Im wesentlichen werden bereits dargelegte Aussagen bestätigt. Eine vor allem auch nach dem gesellschaftlichen Umbruch politisch sehr aktive Interviewpartnerin kritisierte die massenhafte Tolerierung von Leistungsni vellierung und mangelnde Leistungsstimuli. Mit dem DDR-Regime in ständiger Opposition lebend und offensichtlich starken Diskriminierungen ausgesetzt, zeigte sie einen scharfen Blick für die Unzulänglichkeiten:

– »Es war keiner des anderen Konkurrent. Das war eine familiäre Atmosphäre, aber so schön, wie es jetzt manche sehen, so war's auch nicht. Denn es gab viel Ungerechtigkeit, und es wurden die, die wenig taten, genauso bezahlt wie die, die viel taten. Und das Ganze war von der Politik fürchterlich überschattet [...] obwohl der Parteisekretär, den wir hatten, sich viel Mühe

gegeben hat, das muß man sagen [...] Arbeiten hat sich nicht mehr gelohnt, das wurde von Woche zu Woche schlimmer« (weiblich, 55 Jahre).

4.2. Wertschätzung von Berufstätigkeit

Wie andere Untersuchungen nachweisen (siehe BERGMANN 1992. – VOIGT/HILL 1992) nimmt die Arbeit in der Werteskala der Lebensorientierungen einen hohen Rang ein. Für die meisten ist Berufstätigkeit weitaus mehr als bloßer Broterwerb. Auffassungen, wonach Geldverdienen der Existenzsicherung wegen alleiniges Motiv für Berufstätigkeit sei, sind deshalb auch als Ausnahmen in der Untersuchung anzusehen. Mehr als die Hälfte der Befragten bewertet die Berufstätigkeit als lebenssinngebend und hauptsächliche Quelle der materiellen Lebenssicherung zugleich. Immerhin bekundet jeder Vierte, daß Arbeit für ihn vor allem – eine Ausschließlichkeit dieses Motivs kann aber nicht angenommen werden – Inhalt, Wertgehalt und Orientierung seines Lebens darstellt:

– »Berufstätigkeit hat für mich eine sehr große Wertschätzung. Ich bin gern unter Menschen, ich will gern arbeiten, mich nützlich machen. Ich will praktisch mithelfen, irgend etwas aufzubauen. Das befriedigt mich. Bloß zu Hause zu sitzen, das ist nicht meine Welt« (weiblich, 53 Jahre).

– »Arbeit ist für mich auf jeden Fall Bedürfnis. Man hat das ja gar nicht gekannt. Wenn man mal die Sendung von Karl-Eduard [gemeint ist die Sendung des DDR-Fernsehens »Der schwarze Kanal« von Karl-Eduard von Schnitzler – die Verf.] oder eine andere hier gesehen hat über den Westen [...], das konnte man ja gar nicht glauben. Nun erleben wir das jetzt, und das ist sehr schlimm. Ein Mann sagt nicht alles gleich so, aber manchmal ist einem schlimmer als zum Heulen« (männlich, 49 Jahre).

Das Spektrum der Meinungen zum individuellen Wert von Berufstätigkeit verdeutlicht folgende Aspekte: *Erstens*: Im Verständnis von Berufstätigkeit/Arbeit kristallisiert sich die

Erfahrung eines langen Berufslebens, die dieses weniger (zumindest aber nicht bewußt) unter unmittelbaren ökonomischen Verwertungsbedingungen als vielmehr unter dem Gesichtspunkt begreift, in personale und soziale Beziehungsgeflechte eingebunden zu sein und sie – in welchem tatsächlichen oder eingebildeten Maße auch immer – mitgestaltet zu haben. Der utopische Gehalt der von Politik und Gesellschaft propagierten These von der Arbeit als dem ersten Lebensbedürfnis wurde zumindest partiell aufgenommen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes gestattete die Eingängigkeit dieser Utopie und erschwerte die Erkenntnis ihres letztlich illusionären Charakters. Ausdruck der Arbeitszentriertheit der Gesellschaft beinhaltete sowohl die Externalisierung der Lebensgestaltung (Leistungsnachweis auch in Form äußerlicher Symbole wie Einkommen, materielle Güter), aber auch zum großen Teil Internalisierung (Arbeit als Lebensinhalt usw.).

Zweitens: Für einen Teil der Frauen stellte die Berufstätigkeit auch insofern eine Selbstverständlichkeit dar, weil diese als eine von der Elterngeneration, respektive der Mutter, vermittelte Erfahrung übernommen wurde, die schon keiner Hinterfragung mehr bedurfte.

Drittens: Berufstätigkeit wird für die Familie als unverzichtbarer Gewinn für Kommunikations- und Kooperationsdimensionen angesehen. Arbeitslosigkeit eines Mitgliedes der Familie, besonders eines oder beider Partner einer Ehe, bringt erhebliche Kommunikationsdefizite und fördert die Isolation der ganzen Familie. Beklagt wird eine durch Arbeitslosigkeit verursachte Abschottung der Familie von der Außenwelt, die Tendenzen der geistigen Armut fördere und familiäre Konflikte erzeuge.

Viertens: Die persönlichkeitsfördernde Wirkung von Berufstätigkeit (»man muß und kann sich Ziele stellen und sich über den Erfolg freuen«) wird im Zusammenhang mit gemeinnützigen Zwecken (»man macht sich für andere nützlich und ist dadurch am Leben anderer beteiligt«) gesehen.

Fünftens: Arbeit wird als Lebensgewohnheit aufgefaßt, die, wird sie in Frage gestellt, den Lebensrhythmus zerstört und zu allgemeiner Lustlosigkeit führt (»zu Hause bekommt man einen Klaps«). Einige Aussagen lassen den Schluß zu, daß Arbeit auch als Kompensation für persönliche Defizite wirkte. Wer nicht imstande war, freie Zeit sinnvoll ohne ständigen Außenimpuls zu gestalten, rettete sich in die Arbeit, zu der weniger eine inhaltliche als eine funktionale Beziehung bestand, nämlich einfach die Zeit zu »verbringen«.

4.3. Akzeptanz von Arbeitslosigkeit und Hoffnung auf Wiedereintritt in das Berufsleben

Durchweg wird Arbeitslosigkeit als individuelle Tragik erfahren. Nur einer der Probanden sah darin für sich ausschließlich einen Vorteil, obwohl eine finanzielle Absicherung nach Ablauf der Zahlungsfrist für das Arbeitslosengeld nicht vorhanden war. In den meisten Fällen werden nur die Nachteile der erzwungenen Arbeitslosigkeit gesehen, wenige erblickten in der zur Verfügung stehenden Zeit neben den überwiegenden Nachteilen auch Möglichkeiten der individuellen Zeitgestaltung, u.a. der Hobbypflege. Hoffnung, den Eintritt in das Berufsleben wieder zu schaffen, hat jeder Dritte. Jedoch haben zwei von drei Langzeitarbeitslosen diese bereits begraben. Diese Ergebnisse decken sich mit neuesten Untersuchungen von Meinungsforschungsinstituten. Danach bewerten 27,9% ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt als nicht besonders gut und 31,6% als aussichtslos. (Siehe ARBEITSLOSEN-REPORT OST 1993. S.36.) Als totale Resignation ist dies aber nicht generell zu bewerten, treffender ist dieser Zustand als Resignation zu bezeichnen, der aber eine Selbstaufgabe ausschließt. Immerhin hat sich mehr als jeder Dritte öfter als einmal beworben und will es weiterhin, trotz großer Enttäuschung über erfolgte Ablehnungen, tun. Allerdings will sich knapp jeder Vierte nicht mehr bewerben.

4.4. Veränderungen in den sozialen Beziehungen

Im Unterschied zu Untersuchungen bei Kurzarbeitern (siehe BERGMANN 1992) ergab vorliegende Studie bei Langzeitarbeitslosen deutliche Veränderungen in den Kommunikationsbeziehungen und den Sozialkontakten. Diese sind allerdings noch nicht dramatisch, verdeutlichen aber Tendenzen der Isolation. Eine knappe Hälfte verneint eine Reduzierung der Kontakte mit Freunden und Bekannten. Das gilt sowohl für die Beziehungen in der unmittelbaren Wohnumwelt im Alltag – viele wohnen in mehr dörflicher bzw. klein- oder mittelstädtischer Umgebung – als auch für Freunde, Bekannte und ehemalige Kollegen. Sind letztere ebenfalls arbeitslos, wird in der Regel der Kontakt aufrechterhalten (gemeinsame Wanderungen, Feiern, auch Betreuung Bedürftiger). Befinden sich aber ehemalige Kollegen noch im Arbeitsprozeß, dann sind Erscheinungen wie Fremdheit, Sich-aus-dem-Wege-gehen und kühle Distanziertheit zu beobachten. Andererseits verdeutlichen Untersuchungen bei Erwerbstätigen, daß die Begegnung mit ehemaligen, nunmehr arbeitslosen Kollegen als sehr peinlich und problematisch empfunden wird. (Siehe ALT/ALTHAUS 1993.) Eine Schwächung sozialer Kontakte ist demnach zu verzeichnen. Die aus Untersuchungen in der BRD erhaltenen Befunde bei Arbeitslosen, die Zurückgezogenheit, soziale Distanz und Identitätskrisen bezeichnen (siehe MORGENROTH 1987. – PELZMANN 1988) sind in dieser Form jedoch (noch) nicht zu bestätigen. Da Arbeitslosigkeit ein Massenphänomen ist, das alle Alters-, Geschlechts- und Qualifikationsgruppen umschließt, sind solche »traditionellen« Auswirkungen wie soziale Isolation, Minderwertigkeitskomplexe, Verlust des Selbstwertgefühls usw. noch nicht auffällig. Es dominiert die externe Attribuierung der Arbeitslosigkeit. (Siehe BERGMANN 1993.) Fast alle Interviewpartner bekundeten Stolz auf ihre individuelle Lebensbiographie, insbesondere auf ihren beruflichen Werdegang. Die Arbeitslosigkeit wird als Situation erfaßt, die unver-

schuldet ist, die im wesentlichen voll der Gesellschaft angelastet wird.

Dennoch sind Anzeichen einer Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit vorhanden, wenngleich sie derzeit kaum spezifisch zu benennen sind. Die auch im Osten Deutschlands festzustellende Tendenz der politischen Dethematisierung der Arbeitslosigkeit, indem sie in ein einfaches Finanzierungs- und/oder in ein Problem der statistischen Erfassung durch die Bundesanstalt für Arbeit heruntergespielt wird, hat zur Folge, daß Arbeitslosigkeit privatisiert (durch das Abwälzen finanzieller, sozialer und psychischer Folgen auf die Individuen), kommunalisiert (durch das Abwälzen der letztendlichen Subsistenzsicherung von Arbeitslosen auf die Kommune) und regionalisiert (durch die einfache Hinnahme der Auseinanderentwicklung von Teilräumen) wird. (Siehe AUXEL/VOLPRICH 1993.)

Eine knappe Hälfte der Langzeitarbeitslosen bemerkt bereits mehr oder weniger den Drang, sich zurückzuziehen:

– »Das ist eben nicht mehr das, was es früher war. Jetzt denkt eben jeder erst einmal an sich und das ist, daß die Arbeit, daß das Geld stimmt. Das Gemütliche ist weg oder verschwindet immer mehr« (weiblich, 49 Jahre).

–»Es ist alles ganz anders. Der Kontakt zu den Leuten, zu den ehemaligen Mitarbeitern ist so nicht mehr da. Man igelt sich mehr und mehr ein. Bis auf den sportlichen Bereich habe ich auch keinen anderen Kontakt« (männlich, 50 Jahre).

4.5. Verhaltensänderungen

Mehr als die Hälfte konstatiert eine Veränderung von Einstellungen und im Verhalten als Folge der Arbeitslosigkeit. Das ist ein Zeichen eines tiefgehenden Einbruchs in gewohnte Lebensgestaltungen. Nur wenige Interviewpartner konnten solche Veränderungen nicht feststellen und gaben an, ihren gewohnten Tagesablauf zwar mit anderen Inhalten und Tätigkeitsbereichen,

aber dennoch gewissermaßen erschütterungslos zu leben. An erster Stelle der Veränderungen steht ein anderes Zeitregime. Dies wurde und wird durch andere Untersuchungen bestätigt. (Siehe JAHODA/LAZARFELD/ZEISSEL 1960. – STRITTMATTER 1992.) Offensichtlich tritt ein markanter Wechsel der lange wirkenden und im wesentlichen von der Berufstätigkeit diktierten Zeitstrukturen auf, der von den meisten Betroffenen nur schwer bewältigt wird: »Ich persönlich merke, daß ich irgendwie immer mehr weggleite, daß ich mich einfach nicht in einen geregelten Rhythmus bringe, nach dem Motto: Wenn Du dieses nicht machst oder jenes heute nicht machst, dann hast Du noch morgen dafür Zeit. Man ist einfach nicht mehr unter diesem Leistungsdruck, und das fehlt mir. Ein gewisser Streß muß sein, sonst verliert man sich, und das merkt man. Zu Hause, in der Wohnung und im Haushalt gibt's viel zu tun. Aber das ist alles ein Weggleiten, die Aufgaben mache ich nicht mehr gezielt, und das ist das, was mir so zu schaffen macht. Ich muß mich zwingen, Aufgaben sofort zu erledigen« (weiblich, 45 Jahre).

Polare Einstellungs- und Verhaltensänderungen wurden hierbei deutlich. Ein weitaus geringerer Teil der Arbeitslosen ist imstande, die Chance, mehr Zeit zu haben, konsequent zu nutzen. Der größere Teil kann mit dem für sie noch immer ungewohnten und immer noch für sie plötzlich eingetretenen Zeitgewinn noch nicht das anfangen, was er unter den Bedingungen seiner Berufstätigkeit angenommen hatte, tun zu können. Typisch für diese Erscheinung sind die nicht bewußt genutzte Zeit und das Ineinanderübergehen der Tageszeiten. Die Diffusheit der gewöhnlich voneinander abgehobenen Tageszeiten nimmt zu. Hobbys, die früher unter einem strengen Zeitregime der sinnvollen Entspannung dienten, werden nicht mehr betrieben, weil die Einstellung dazu fehlt und dementsprechend auch keine Zeit zur Verfügung steht: »Obwohl mehr Zeit zur Verfügung steht, kommt am Ende unterm Strich weniger Zeit für einen raus, was hab' ich früher gestrickt oder so. Aber der Tag ist weg und man ist unbefriedigt« (weiblich, 53 Jahre).

Verhaltensdimensionen schrumpfen, der Handlungsradius wird spürbar geringer. Interessant ist, daß niemand von einer Zeitknappheit spricht, wohl aber ein Zeitreservoir angibt, das sinnvoll zu nutzen zunehmend schwerer fällt.

4.6. Alltagsroutine

Alltagsroutine hängt mit den Zeitstrukturen eng zusammen. Fast jeder Dritte bestreitet, aber zwei von drei der Befragten gestehen eine Abkehr vom bisher Gewohnten. Diese ist auch mit Verzicht auf bisher gewohnte Beschäftigungen usw. verbunden. In der Reihenfolge ist Verzicht in folgender Hinsicht erzwungen:

- Einschränkung der Reisetätigkeit,
- der Besuch kultureller Veranstaltungen wird drastisch minimiert,
- Freunde und Bekannte ziehen sich zurück,
- Veränderungen in der Gemeinde werden festgestellt,
- Rückzug auf sich selbst,
- Hobbys werden nicht mehr betrieben. (Nach der Erhebung der INFO-GmbH müssen (von den registrierten Arbeitslosen) 63% ihren persönlichen Verbrauch einschränken, 48,9% auf Anschaffungen verzichten, 45,7% auf Urlaubsreisen verzichten, 27,5% sich im kulturellen Leben einschränken – siehe ARBEITSLOSENREPORT-OST 1993).

Andererseits gibt die Hälfte der Untersuchten an, sich weiter mit ihren bisherigen Hobbys zu beschäftigen und an bisherigen Tätigkeiten festzuhalten. Das bestätigt einen relativ bewußten Umgang mit der Arbeitslosigkeit und den Tatbestand, sich dieser Situation nicht tatenlos auszusetzen. Einige bestätigen, mit viel Selbstdisziplin an ihrem bisherigen Lebensrhythmus festzuhalten und auch – wenngleich mit kleinen Einschränkungen – ihrem bisherigen Zeitregime treu zu bleiben. Dennoch ist der Verlust an sozialen Kontakten, der Entzug von Möglichkeiten der geistigen Horizonterweiterung unübersehbar. So stellt das Hobby, dem man sich stärker widmet, oftmals auch ein Rückzug aus der Gemeinschaft dar.

4.7. Psychische und physische Veränderungen

Veränderungen der Psyche stellen 40% der Interviewpartner fest. Sie äußern sich besonders als Sinnentleerung, Halt- und Orientierungslosigkeit und manifestieren sich in Depressionen. Eine Mehrheit wiederum kann solche Deformationen nicht feststellen. Dieser Teil verkräftet mit offensichtlich vorhandenen Reserven und entsprechender Psychohygiene bzw. seelischer und geistiger Unkompliziertheit die neue Situation. Inwieweit sich ein Teil davon bereits mit der unerquicklichen Lage abgefunden hat und Arbeitslosigkeit »zur Grundlage einer eigenständigen sozialen Lebensweise« (KRONAUER/VOGEL 1993) geworden ist und gewissermaßen eine neue Phase der Zufriedenheit auf einem anderen Lebensniveau eingeleitet hat, ist nicht untersucht worden.

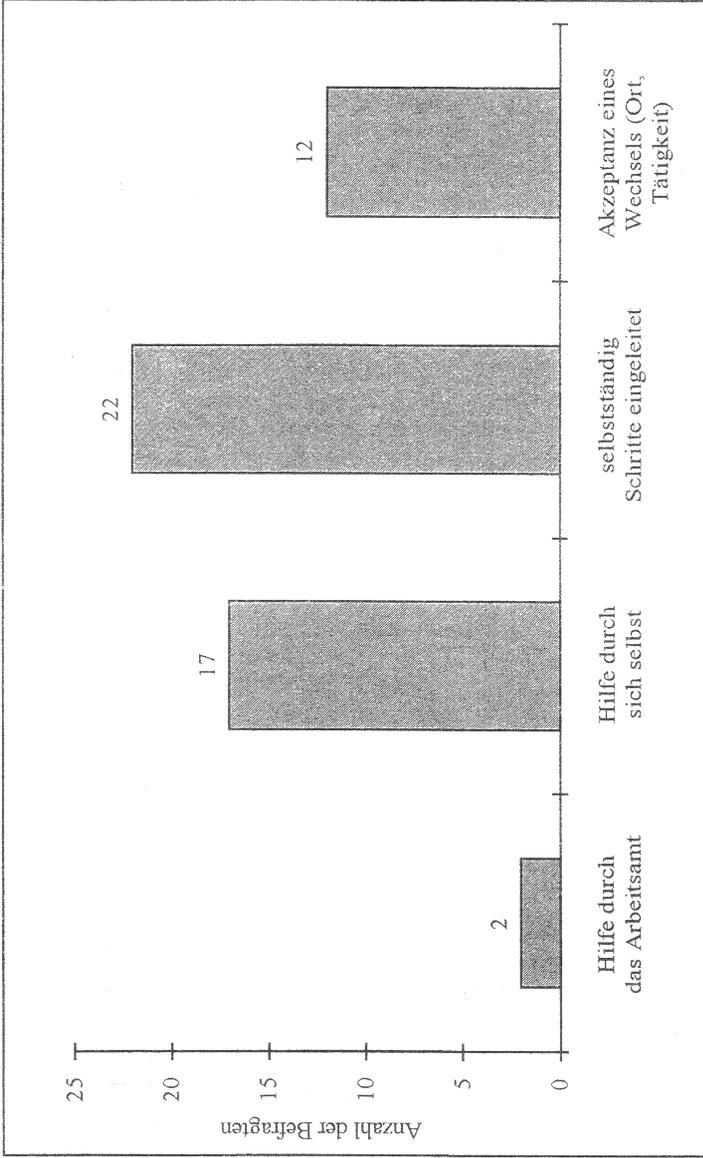
Obwohl sich die Beurteilung der Handlungskompetenz nicht einfach auf die Weise stellt, daß die mit psychischen Beschwerden inkompetent und die ohne diese den Umgang mit der Arbeitslosigkeit kompetent betreiben, sind diejenigen, die keine Veränderungen ihrer Psyche feststellen, optimistischer und äußern deshalb auch ihre Hoffnung, wieder in die Berufstätigkeit einsteigen zu können. Dieser Zusammenhang ist aus der Untersuchung nachweisbar.

Auch gesundheitliche Beschwerden werden von einem beträchtlichen Teil reflektiert (50%). Es sind vor allem Schlafstörungen und Kreislaufprobleme, die beeinträchtigend wirken.

4.8. Eigeninitiative

Das Vertrauen in Institutionen und Gesellschaft allgemein, helfend bei der Arbeitssuche und Arbeitsfindung wirken zu können, ist so gut wie nicht vorhanden. Nach der Auffassung vieler haben die marktwirtschaftlich ausgerichtete Gesellschaft und ihre

Abbildung 3: Veränderungen im Lebensstil



Institutionen gründlich versagt. Diese sehr allgemeine und diffuse Auffassung ist selbstredend zu differenzieren, wozu weitere Untersuchungen notwendig sind.

Die Arbeit des Arbeitsamtes wird ebenfalls kritisch gesehen, die Kritik fällt aber nicht nur milder aus, sondern wird im Zusammenhang mit den Problemlagen der Gesellschaft gesehen. Es dominiert die Auffassung, daß das Arbeitsamt nicht imstande sein kann, die Gebrechen der Gesellschaft auszubügeln. Überwiegend werden die Bemühungen der dort tätigen Berater honoriert, gleichzeitig aber deren Ohnmacht konstatiert. So hofft auch nur ein kleiner Teil auf Hilfe vom Arbeitsamt und von anderen gesellschaftlichen Institutionen. Mehr als 60% der Untersuchten baut allein auf eigene Kraft und kennt die damit verbundenen Anstrengungen, Niederlagen und Mißerfolge.

Ein weiterer kleiner Teil (etwa ein Fünftel) ist sich sehr unsicher über den Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Mit ziemlicher Sicherheit kann von diesem Teil die Beibehaltung des gegenwärtigen Status quo, also der Arbeitslosigkeit, prognostiziert werden. Er wird jenen in dieser Untersuchungspopulation anzunehmenden hohen Teil der Dauerarbeitslosigkeit mit rekrutieren.

Unterstellt man diesen Untersuchungsergebnissen die richtige Ausrichtung der Betroffenen auf Selbsthilfe, so ist dennoch das Vertrauen in Staat und Gesellschaft bezüglich der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Gesellschaftsmitglieder als krisenhaft zu bezeichnen.

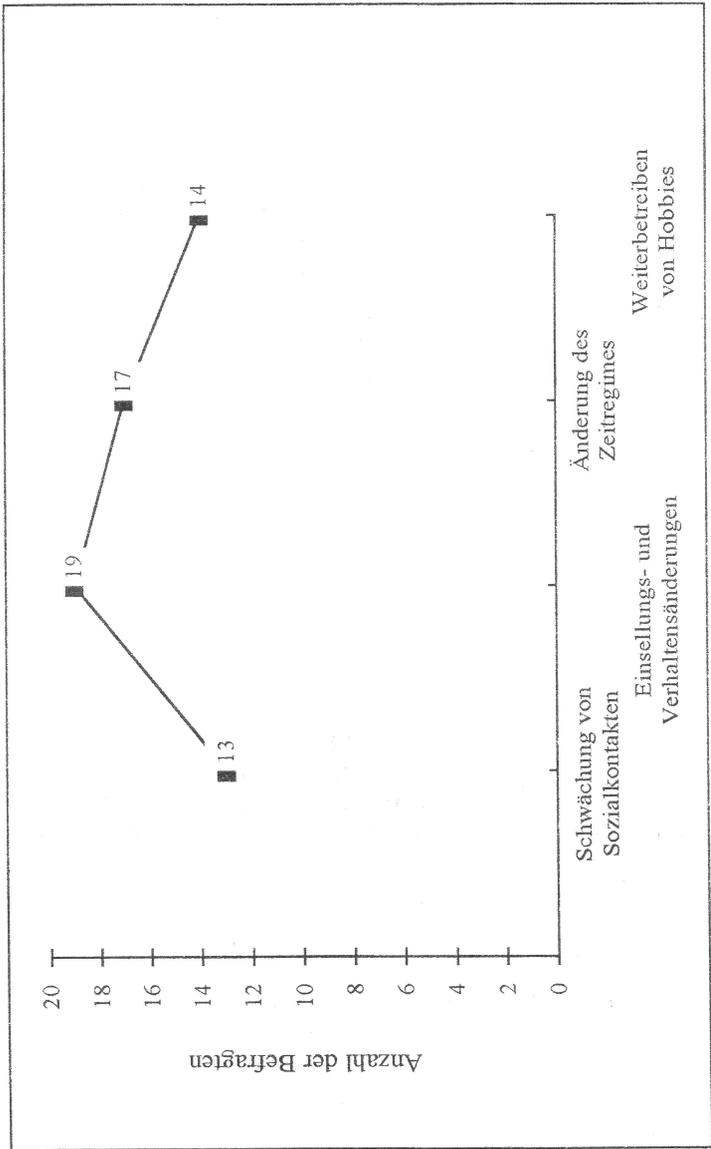
Das Besinnen auf die eigene Kraft schien aus der Untersuchung weniger den Quellen von Selbstbewußtsein, hohem Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen zu entspringen als vielmehr aus Resignation über das Versagen der Gesellschaft. In gewisser Weise fühlten sich die Interviewten gar nicht so stark, sich selbst zu helfen. Weitaus mehr ist eine Trotzreaktion zu vermuten: Weil die Gesellschaft Hilfe versagt, gibt es nur noch die Selbsthilfe (die in den meisten Fällen schon deshalb begrenzt ist, weil die notwendigen Beziehungen und Verbindungen gar nicht bestehen). Dem so charakterisierten Selbstbild entsprach auch das

Verhalten, um den Zustand der Arbeitslosigkeit zu beenden. Der überwiegende Teil leitete selbst Schritte ein, um einen Arbeitsplatz zu bekommen, am häufigsten über Zeitungsannoncen und über Vermittlungen und Informationen von Bekannten. Die meisten bewarben sich vielfach, für jeden Fünften erscheint dieses Bemühen zwecklos, »denn die Ablehnung folgt auf dem Fuße«: »Ja, also im Prinzip schreibe ich die Bewerbung schon unter dem Aspekt, Du versuchst es halt; aber im Stillen denke ich mir, es ist sowieso nicht die richtige Sache«(weiblich, 45 Jahre).

Bemühungen um Fortbildung und Umschulung sind auch nachweisbar – acht Personen hatten eine solche Qualifizierungsmaßnahme bereits beendet, und ebensoviel bemühten sich um Fortbildung und Umschulung, für vier Personen waren solche Bemühungen zwecklos, die übrigen äußerten sich dazu nicht. Die Argumente derjenigen, die in Fortbildung und Umschulung keinen Sinn sehen, beziehen sich auf das Alter (»zu alt zum Lernen«), auf die Unzweckmäßigkeit der Maßnahme (»nicht tätigkeitsbezogen«) und darauf, daß man sich nicht für eine neue Arbeitslosigkeit umschulen lassen will.

Die Untersuchung bestätigt nicht Auffassungen über eine allgemeine mangelnde Bereitschaft zur Mobilität. Berücksichtigt man das Alter der Langzeitarbeitslosen und damit den Sachverhalt, daß sie sich in ihrem Wohnort, in ihrer engeren Wohnumwelt (Familie, Haushalt usw.) und im Freundeskreis eingerichtet hatten, so ist der Anteil jener, die einen Wechsel von Ort und Beruf für die Aufnahme einer neuen Arbeit akzeptieren würden, verhältnismäßig hoch. Allerdings bezieht sich der Ortswechsel mehr auf einen engeren lokalen Rahmen, Westwanderungen werden nicht ins Kalkül gezogen und im allgemeinen auch ein Wechsel des Wohnortes nicht erwogen.

Abbildung 4: Aktivitätsdimensionen



Für jeden Dritten müßte eine neue Arbeit »zumutbar« sein, wobei offen blieb, was darunter zu verstehen ist: »Es darf nicht weniger Geld sein, als was ich zuletzt verdient habe, und das war die Grenze des Existenzminimums« (weiblich, 53 Jahre). Als unzumutbar wird auch empfunden, »ausgebeutet« zu werden: »Also, wenn ich merke, daß ich vom Arbeitgeber ausgebeutet werde, als Billigkraft behandelt werde, dagegen würde ich etwas tun« (männlich, 32 Jahre).

In der bereits genannten Untersuchung der INFO-GmbH erklärte sich ein Drittel der Befragten prinzipiell bereit, sich eine Arbeit in den alten Bundesländern und Westberlin zu suchen. Den Wohnsitz würde jeder Vierte im Westen und Westberlin nehmen wollen. Jüngere und Hochqualifizierte sind anteilig hierbei mehr vertreten.

5. Aspekte des politischen Habitus

Politische Einstellungen sind bisher kaum im Zusammenhang mit Langzeitarbeitslosigkeit im Osten Deutschlands erfragt worden. Einige Untersuchungen widmeten sich zwar dem existierenden bzw. nicht vorhandenen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus, ohne aber weitere Befunde zum politischen Bewußtsein über von Arbeitslosigkeit Betroffene zu eruieren. Die vorliegende Studie kann dieses Thema ebenfalls nicht eingehend behandeln, will aber durch die Bezeichnung einiger weiterer Aspekte Akzente für die weitere Analyse des politischen Habitus von Arbeitslosen setzen.

5.1. Politisches Interesse

Augenscheinlich bekundet die Mehrzahl ein ausgeprägtes Interesse an Politik. Dieses ist, obwohl bei mehr als jedem Zweiten bereits vor dem gesellschaftlichen Umbruch vorhanden, nach

1989 weiter gestiegen (von 56% auf 82%). Mehrere Interviewpartner sagten aus, geradezu »süchtig« auf politische Sendungen zu sein, wobei vor allem spezielle Sendungen außerhalb der Nachrichten, die sich vor allem mit den Problemen in den neuen Bundesländern beschäftigen, gewünscht werden: »Mich interessiert eben, wie schaffen es die anderen Menschen in den neuen Bundesländern, mit den Problemen fertig zu werden« (weiblich, 53 Jahre).

In einigen Gesprächen wurde direkt die Distanz zu Sendungen benannt, die sich oberflächlicher Unterhaltung widmen, weil vor allem Zeiten massenhafter individueller Krisensituationen seriöse Informationen erfordern und geisttötende Zerstreuung die psychosoziale Befindlichkeit auf den Nullpunkt befördern würde.

Das Vorhandensein eines entwickelten politischen Interesses bei Langzeitarbeitslosen ist durch weitere Untersuchungen zu verifizieren. Nicht sicher ist, ob dieses Ergebnis der Positivauswahl der Interviewpartner geschuldet ist. Das politische Interesse differiert nach Geschlecht, Qualifikation und Grad der Eigeninitiative. Frauen sind tendenziell geringer, Männer im allgemeinen mehr politisch interessiert. Das trifft auch für Facharbeiter gegenüber An- und Ungelernten sowie Hoch- und Fachschulabsolventen zu. Während sich nach der gesellschaftlichen Wende das Interesse an Politik bei Facharbeitern und An- und Ungelernten erhöhte, veränderte es sich bei Hoch- und Fachschulabsolventen nicht und blieb mit 86% unvermindert hoch. Wer einen hohen Grad der Eigeninitiative im Umgang mit der Arbeitslosigkeit hat, äußert deutlich nachhaltiger sein politisches Interesse als Passive.

5.2. Mediennutzung

Hauptquelle für politische Informationen stellen die Massenmedien dar, vor allem aber das Fernsehen. Für viele ist allerdings die Nutzung der verschiedensten Medien (Fernsehen,

Radio, Presse) durchaus keine Seltenheit. Sowohl ein Abflauen des Medienkontakts als auch eine Einschränkung der Medienquellen ist nicht konstaterbar. Politische Informationen werden weiterhin im direkten persönlichen Kontakt mit Verwandten, Bekannten und Freunden ausgetauscht. Neben der relativ passiven Informationsaufnahme besitzt demnach die aktive Verarbeitung politischer Nachrichten und Ereignisse einen unverzichtbaren Wert. Politische Meinungsbildung vollzieht sich besonders im direkten persönlichen Kontakt.

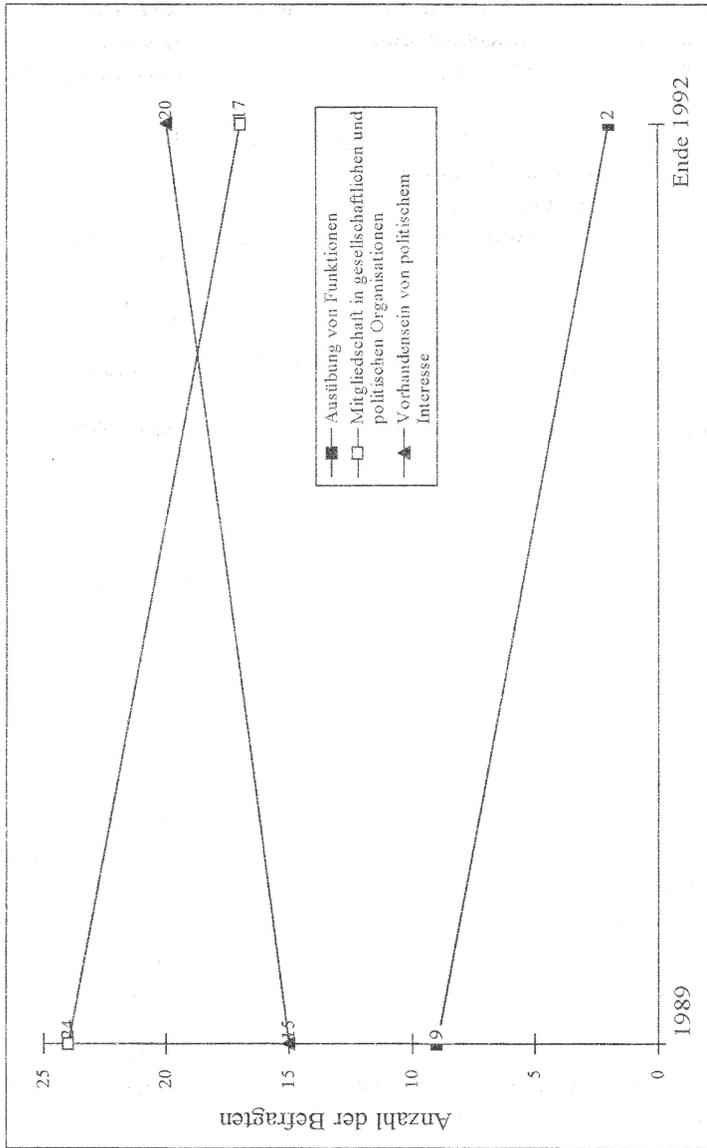
5.3. Organisationsgrad vor 1989 und nach der »Wende«

Die Mitgliedschaft in politischen und gesellschaftlichen Organisationen war in der DDR hoch, was sich auch in der Untersuchung widerspiegelt: 89% der Befragten waren politisch oder gesellschaftlich organisiert, jeder Dritte Mitglied der SED und damit gewissermaßen automatisch des FDGB, knapp 60% waren in der Gewerkschaft organisiert, ohne eine Parteizugehörigkeit zu haben. Ebenfalls übte jeder Dritte Funktionen in politischen und gesellschaftlichen Organisationen aus, was aber nicht generell identisch mit der Mitgliedschaft in der SED war. Die Funktionen wurden vor allem auf der unteren Ebene, meist engagiert, ausgeübt – vor allem Gewerkschaftsfunktionen im unmittelbaren Arbeitsbereich. Nach der »Wende« sank der Organisationsgrad, ist aber mit 60% Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, vergleichsweise immer noch sehr hoch (Ende 1992).

Alte Gewohnheiten aus DDR-Zeit sowie neue Hoffnungen und Erwartungen, vor allem an die Gewerkschaften, Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen, scheinen sich hier zu bündeln und könnten als politisches Potential genutzt werden.

Die Ausübung von Funktionen ist stark zurückgegangen, nur zwei waren zum Zeitpunkt der Befragung politisch aktiv – davon eine Frau in der Gewerkschaft und eine andere in anderen

Abbildung 5: Politische Aktivität



gesellschaftlichen Gremien. Dies ist bedenklich für eine Zeit, in der Mitbestimmung gefragt ist, aber für die neuen gesellschaftlichen Bedingungen auch erst erlernt werden muß.

5.4. Einstellungen zu den etablierten Parteien

Die Studie bestätigt eindeutig diesbezügliche Ergebnisse anderer Untersuchungen und die von Meinungsumfragen. Das Vertrauen in Parteien, die derzeitigen gesellschaftlichen Probleme lösen zu können, ist im Prinzip aufgekündigt. CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Grüne bekamen von jeweils zwei Befragten das Vertrauen ausgesprochen. Je zwei Stimmen für eine etablierte Partei stellt ein Nullsummenspiel dar, ca. 80% trauten keiner einzigen Partei zu, die anstehenden Fragen anpacken zu können. (Der Zeitpunkt der Befragung ist hierbei zu beachten.)

Die Parteienverdrossenheit wird in der öffentlichen Diskussion nahezu generell als Politikverdrossenheit charakterisiert und diese wiederum als Zeichen schwindenden Politikinteresses mißdeutet. Diese Auffassung wird durch die Untersuchungsergebnisse nicht bestätigt, sollte jedoch Gegenstand weiterer Untersuchungen werden.

Das Politikinteresse ist gut entwickelt und wird sich in der Stärke der Ausprägung wahrscheinlich kaum verändern. Auch Politikverdrossenheit ist nicht feststellbar. Die gestalterische Kraft von Politik wird nicht geleugnet. Vielmehr ist das Vertrauen in die Politik der etablierten Parteien fatal geschwunden. Die deutsche Wiedervereinigung wird von den Probanden für die von ihr überraschten politischen Parteien in ihren historischen Dimensionen als einige Nummern zu groß charakterisiert, und Politik wird nachgesagt, lediglich zu reagieren (bzw. zu überreagieren) und der Fähigkeit der Antizipation und der Konzeption zu entbehren.

5.5. Rechtsextremismus

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Auftreten von rechten extremistischen Auffassungen existiert – wie auch in anderen Untersuchungen festgestellt – nicht. Rechtsextremistische Einstellungen waren ebensowenig wie Ausländerhaß präsent. Jeder Sechste fühlte sich durch Rechtsextremisten persönlich bedroht, für einen großen Teil (40%) existierte eine Bedrohung der Person nicht. Allgemein gilt jedoch, daß die Furcht um Leib und Leben auch bei dem eben genannten Personenkreis vielmehr als Furcht vor einer Gesellschaft empfunden wird, die die Fähigkeit verloren hat, mit Gewalt, Aggression und Intoleranz fertig zu werden und ihre Bürger nicht mehr zu schützen imstande ist.

Die Ursachen für das verstärkte Auftreten rechtsextremistischer Auffassungen und Aktionen wurden teilweise individualisiert, in der Mehrzahl aber deren gesellschaftliche Natur erfaßt. So werden Arbeitslosigkeit vor allem auch von Jugendlichen, Orientierungsverlust, ein von der Gesellschaft übermitteltes Werteangebot, das aber unannehmbar ist, sowie eine Ausländerpolitik, die mehr Fragen aufwirft als sie beantwortet und die weniger löst als sie verspricht, als Gründe für das Entstehen rechtsextremistischer Bewegungen angegeben. Im folgenden sei die Palette der Argumente aufgeführt.

– »Rechtsextremismus ist furchtbar. Ich habe beobachtet, daß Leute, die so sind, meist große Egoisten sind. Ich habe darüber nachgedacht, weil ich schon im Betrieb beobachtet habe, daß eigentlich ganz normale Leute, die aber sehr egoistisch veranlagt sind, plötzlich, wenn sie denken, daß ihr Stück Kuchen nicht groß genug ist, einen Schuldigen suchen, und auf den legen sie ihren ganzen Haß« (weiblich, 55 Jahre).

– »Nicht allein durch die Arbeitslosigkeit, aber mit ihr [...] Und die Perspektivlosigkeit ist schuld. Man braucht doch irgend etwas, woran man festhält« (männlich, 53 Jahre).

– »Gründe für den Rechtsradikalismus sehe ich bei den Jugendlichen in der Nichtgewährleistung der eigenen Perspektive, sie sind nicht zukunftsorientiert. Sie erleben in den Elternhäusern Frust, und sie leben ihren Frust dort aus, wo sie können. Weil sie selber schwach sind und schwach gehalten werden, suchen sie sich noch Schwächere aus, nach dem Fußabstreicherprinzip [...] Wer hat denn Interesse daran? Hier treffen sich Interessen der Rechtsradikalen mit Interessen von offiziellen Erklärungen der Politik« (weiblich, 50 Jahre).

– »Auf alle Fälle sind nicht die Ausländer der Grund für Rechtsextremismus. Das ist nur ein Vorwand. Die ganze Situation ist schuld« (weiblich, 40 Jahre).

– »Ich würde mal sagen, durch die Arbeitslosigkeit und durch diese Ausländer, die bei uns hier eintreffen, wird die Unzufriedenheit hier größer, und dadurch erhöht sich der Haß unter den Menschen, weil eben zu wenig Arbeit da ist. So würde ich das sehen und zum Teil auch mit Recht, weil die eher zu einer Wohnung kommen« (männlich, 51 Jahre).

– »Ich will erst einmal klarstellen, daß ich nicht der Auffassung vieler Politiker und der Medien der BRD bin, daß der Rechtsextremismus vor allem in den neuen Reservaten der BRD wie Pilze aus dem Boden geschossen ist und sich das Unwesen des Rechtsextremismus vor allen Dingen aus Personen der ehemaligen DDR repräsentiert und rekrutiert. Eindeutig ist doch, und daraus wurde nie ein Hehl gemacht, daß die alte BRD der Rechtsnachfolger des dritten Reiches gewesen ist und damit mit dem Rechtsextremismus in der BRD nie endgültig abgerechnet oder Schluß gemacht wurde [...] Alles das, was sich auf dem ehemaligen Gebiet der DDR in letzter Zeit, und ich betone erst seit Gründung oder seit der Einverleibung der neuen Länder hier abgespielt hat, das war vorher in der DDR nicht vorhanden und ist erst mit dem Tag der Einheit nun zu einem gefährlichen Spektakel geworden, wobei auch hier eine sehr einseitige Berichterstattung, siehe Hoyerswerda oder Rostock [...] gemacht wird, bewußt in den Medien gefälscht wird und alle Vorkommnisse in

dieser Richtung in der Alt-BRD auf kleiner Flamme abgehandelt oder überhaupt nicht erwähnt werden« (männlich, 52 Jahre – das Interview wurde im September 1992 geführt).

Die Dispositionen für extremrechte politische Auffassungen mit der Konsequenz, durch Stimmenabgabe bei den Wahlen diesen politische Repräsentanz zu verleihen, entstehen allerdings in einem ganzen Komplex politischer Problemfelder individueller und gesellschaftlicher Krisensituationen, in denen sich vor allem Langzeitarbeitslose in Ostdeutschland befinden. Auch in der vorliegenden Untersuchung gibt es Anhaltspunkte, daß das Zusammenfallen von individuellen und sozialen Krisensituationen ein Konfliktpotential in sich birgt, das sich auch politischem Rechtsextremismus öffnen kann, wenn konkrete Konzepte plausibel vorgegeben werden:

– »Wenn es (jetzt) zu Wahlen käme, würde ich entweder gar nicht wählen gehen, oder ich würde die wählen, die mir konkret in ihrem Programm sagen, das und das wird jetzt verändert, und das könnten auch die Rechten sein, das wäre mir egal« (männlich, 56 Jahre).

– »Ich habe früher nie 'was übrig gehabt für Radikalismus oder so. Ich würde aber ganz links oder ganz rechts wählen; die zwei Möglichkeiten, 'was anderes bleibt ja nicht übrig. Nicht unbedingt, weil ich für die Rechten oder für die Linken bin, aber bloß um zu zeigen, daß sie sich 'was einfallen lassen müssen« (männlich, 49 Jahre).

5.6. Nationalbewußtsein

Komplettiert wurden die Aussagen über das Ausländer- und Asylantenproblem durch Befunde zum Nationalbewußtsein (»stolz, Deutscher zu sein«). Die Frage rief bei den meisten zunächst mehr Abwehr und Distanz als Akzeptanz hervor, um danach infolge weiteren Nachdenkens Meinungen und Einstellungen zu verdeutlichen. Der Stolz, Deutscher zu sein, wird von den

meisten (64%) unter der Sicht abgelehnt, jedes Volk in seiner Identität anzuerkennen und die eigene Nation weder leugnen noch über Gebühr hervorheben zu wollen. Diejenigen (wenigen), die ihren Stolz, Deutscher zu sein, bekundeten, begründeten das auf verschiedenste Art. Einmal mit einer argumentationsfreien Gegenfrage (»Warum eigentlich nicht?«). Zum anderen wird das Bekenntnis zur nationalen Identität mit der Option verbunden, die anderen Völker ebenfalls zu akzeptieren und ein nationales Selbstbewußtsein auszudrücken, das sich an den humanistischen Leistungen deutscher Geschichte orientiert und diese zu verteidigen zur persönlichen Verpflichtung gemacht haben: »Ich bin kein Fanatiker, aber eines muß ich sagen, ich schäme mich nicht, Deutsche zu sein. Das würde ich nie tun, [...] denn da hat es auch Beethoven gegeben und Goethe und viele große Erfinder« (weiblich, 55 Jahre).

Das meist gebrauchte Argument zum Bekenntnis, Deutscher zu sein, bezog sich darauf, mit seinem Vaterland und seiner Heimat verbunden zu sein:

– »Ich bin nun Deutsche und fühle mich als Deutsche. Aber daß das 'was besonderes wäre, das Gefühl habe ich nicht. Ich habe meine Heimat gern« (weiblich, 55 Jahre).

– »Ich bin hier geboren und groß geworden, aber ich würde das nicht in den Vordergrund stellen. Jeder wird stolz sein auf sein Vaterland« (männlich 51, Jahre).

Im Prinzip unterscheiden sich diejenigen, die sich zu ihrer nationalen Identität (am Beispiel dieser Frage) bekennen, in den Grundaussagen kaum von denjenigen, die dies mehr oder weniger vermeiden. Nationale Überheblichkeit ist ebensowenig anzunehmen wie eine totale Absage an die nationale Identität. Diesbezüglich existieren keine Quellen für Ausländerhaß.

Ein ausgewogenes und profiliertes Nationalgefühl fehlt. Derzeit wirken aber die Bedingungen für seine Herausbildung eher gegenläufig. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erleben viele Menschen aus den neuen Bundesländern als Vorgang des Identitätsentzugs, des Drucks zum Verzicht auf das

selbstbewußte Bekenntnis zur eigenen Lebensbiographie. Die damit verbundene massenhafte Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben, in welchen subtilen Formen und in welchem Umfang auch immer, wird als durch die Politik verursachte Intoleranz erlebt und trägt nicht zu einem begründeten nationalen Selbstwertgefühl, das als stabilisierender Faktor wirken könnte, bei. Wem der Stolz auf persönliche und berufliche Lebensleistungen versagt wird, verweigert sich überpersonalen Identifikationen. Das vorhandene Nationalbewußtsein ist daher eher unterbelichtet, eher diffus und insofern, da nicht eindeutig profiliert, anfällig für populistische Parolen, die zur Unterstützung dieser oder jener Formen von Auländerhaß und/oder anderer Ausdrucksformen von Militanz, Aggression und Gewalt unter bestimmten politischen Bedingungen führen könnten.

So wie das Nichtvorhandensein von Ausländerhaß keinesfalls als Bestätigung einer Konfliktfähigkeit im realen Umgang mit dem Ausländer- und Asylantenproblem bewertet werden kann, so ist das derzeitig vorhandene Nationalgefühl nicht als Faktor der Integration und der Toleranz ausreichend. Selbstredend müssen tiefere Untersuchungen diesen Gegenstand ausloten.

5.7. Meinungen über die Gewerkschaften

60% der Befragten waren zum Zeitpunkt der Untersuchung Mitglieder von Gewerkschaften, davon zum größten Teil in der IG Metall, obwohl der Anteil derjenigen Befragten, die im Branchenbereich der IG Metall tätig waren, nur 57% betrug. Zum Thema Gewerkschaften wurden Auffassungen zu deren politischer Rolle, ihrer Wirkung in Gesellschaft und in der Region, zu ihrem unmittelbaren Einfluß auf die Arbeitnehmer und zur Arbeit der Gewerkschaften mit den Arbeitslosen geäußert.

Das Bild, das die Arbeitslosen über die Gewerkschaften haben, ist außerordentlich heterogen, und es ist das Bild von Langzeitarbeitslosen, also von Menschen, die mindestens ein Jahr

Arbeitslosigkeit erlebten und entsprechend kaum oder gar keinen Kontakt mit betrieblichem Geschehen, so es in diesen Regionen überhaupt noch bestand, hatten. Es handelt sich demnach um Bewertungen, die bereits aus einer Distanz erfolgten. Allerdings ist hervorzuheben, daß sowohl das Interesse als auch die kritische Problemsicht nicht unterentwickelt waren.

Die Auffassungen lassen sich unter zwei Gesichtspunkten gruppieren: *Erstens* die Einschätzung der Wirkung der Gewerkschaft in Gesellschaft und Region: Der Erwartungsdruck auf die Gewerkschaften war übermäßig hoch. In dem Maße, wie die etablierten Parteien in der Politik, vor allem im Vereinigungsprozeß defacto versagten, wurden den Gewerkschaften deren Funktionen überantwortet und Anforderungen und Ansprüche gestellt, die diese strukturell einfach überforderten. Dementsprechend wurde die bisherige Gestaltungskraft der Gewerkschaften auf politische und soziale Prozesse geringer bewertet als angenommen und als die bekannten Aktivitäten und Aktionen der Gewerkschaften im Jahre 1992 erwarten ließen. Das Meinungsspektrum enthält dabei alle möglichen Extreme. Die Auffassung, wonach derzeitig nur die Gewerkschaften in der Lage seien, »etwas zu bewegen«, wird von vielen vertreten und trifft durchaus den Kern einer Situation, in der die herrschende Politik konzeptions- und tatenlos ist, aber den Sozialabbau konsequent betreibt. Sie drückt den Anspruch an die Gewerkschaften gewissermaßen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene aus. Am Beispiel der Besetzung des Dresdner Flughafens im Sommer 1992 durch die Stahlwerker aus Freital und Mitglieder der IG Metall anderer Betriebe wurden die Notwendigkeit der Konfrontation mit der Treuhand und der Einsatz gezielter Aktionen begrüßt. Andere Meinungen messen die Gewerkschaften daran, was sie für »die kleinen Leute« tun. Unter dieser Sicht wird den Gewerkschaften oft die dazu notwendige Durchsetzungskraft abgesprochen. Deren Beitrag für die Durchsetzung der Belange der einfachen Menschen wird in der Untersuchung vergleichsweise gering veranschlagt. Aus der Sicht der

Befragten muß das Thema der Arbeitslosigkeit einen größeren Stellenwert in der gewerkschaftlichen Arbeit einnehmen – was bei der Untersuchungsgruppe zu erwarten war. Konzeptionell und praktisch wird hierzu ein großer Nachholebedarf bei den Gewerkschaften konstatiert.

Die geäußerten Meinungen sollten ernst genommen werden, weil sie den realen Widerspruch zwischen formuliertem Anspruch und seiner Realisierung in der gewerkschaftlichen Praxis ausdrücken und Enttäuschungen signalisieren:

– Die Gewerkschaften werden die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen, »wenn die Gewerkschaft so denkt, wie der Steinkühler spricht. Aber wenn die Gewerkschaft so ist, wie ich sie hier an der Basis erlebe, dann nein« (weiblich, 55 Jahre). Von einigen Arbeitslosen – und zwar aus dem Kreis der besonders gewerkschaftlich Interessierten – wurden die ihrer Meinung nach völlig unzureichende Repräsentanz von Vertretern aus den neuen Bundesländern unter den Gewerkschaftsfunktionären vor allem auf regionaler Ebene und Idealdefizite von Gewerkschaftsfunktionären angemahnt.

– »Als ich dafür plädiert habe, jemanden von hier [in eine Funktion] einzusetzen, da dafür höchste Zeit sei, da ist mir [von einem Funktionär] entgegnet worden, daß er nicht laufend Leute anlernen kann. Er braucht jemanden, der es bringt, und da braucht er jemanden aus dem Westen.«

– »Ich bin in der Gewerkschaft nach der Wende geblieben, aber das sage ich auch dazu, daß die ersten Leute von der IG Metall, die rübergekommen sind, für mich Vorbild waren. Die sind hier rübergekommen und haben gesagt, wir wollen hier Hilfe zur Selbsthilfe geben. Das hat mir gefallen. Als die Leute weg waren, die ersten, da kamen die zweiten, die Postenjäger [...] Die ersten haben überall geholfen, haben auch das Vertrauen der Belegschaft in die Gewerkschaft wieder aufgebaut. Es bestand ja Frust, die Gewerkschaft war ja ein Parteiorgan. Die ersten Leute von der IG Metall, das waren Leute, die hatten Ideale und die konnten mitreißen. Das vermisse ich bei den Leuten, die jetzt

die Posten haben hier bei der IG Metall [...] Vielleicht bezahlt man zu viel Geld für diese Stellen, für diese Posten bei der Gewerkschaft« (weiblich, 55 Jahre).

Zweitens zur Arbeit der Gewerkschaften mit den Arbeitslosen: Die Aussagen über diese Beratungstätigkeit beziehen sich ausschließlich auf Erfahrungen, die Probanden im Raum Pirna, in den von der IG Metall initiierten Beratungen mit Arbeitslosen, gewannen. Diese Beratungstätigkeit wird von den Beteiligten als gut und nützlich bewertet. Ein Teil der Arbeitslosen versteht sie als eine Form direkter Lebenshilfe, erstens wegen der Vermittlung wichtiger Informationen (Rechtsfragen, Steuerangelegenheiten usw.) und zweitens wegen der Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und Kommunikation zu pflegen. Die Mehrzahl der Befragten gab an, die von der Gewerkschaft erhaltenen Presseorgane regelmäßig zu lesen, auch um neben speziellen Problemen mehr über prinzipielle Fragen gewerkschaftlicher Politik zu erfahren.

Diejenigen, die Beratungen besuchen (meistens regelmäßig), gehören zum aktivsten sowie gesellschaftlich und politisch aufgeschlossensten Teil der Arbeitslosen. Ihre Meinungen sind nicht in jedem Fall für Arbeitslose insgesamt repräsentativ.

Ein Teil der Befragten – das waren in der Untersuchung keine Ausnahmen – unterhält weiter Kontakte zu ehemaligen Kollegen, die ebenfalls arbeitslos sind. Auf diese Art und Weise werden bestimmte Traditionen (Wanderungen, Feiern usw.), die in den Betrieben gepflegt wurden, weitergeführt. Nur ein sehr geringer Teil der Befragten unterhält noch lose Beziehungen zu seinem früheren (noch existierenden) Betrieb.

Inwieweit man von einem sozialen Netz der Arbeitslosen sprechen kann, ist aus den Daten nicht abhebbar. Mit anderen Worten: Statt die vorhandenen informellen Beziehungen der Arbeitslosen mit flankierenden Maßnahmen der Gewerkschaften zu begleiten, sollte vielmehr die vorhandene gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung quantitativ und qualitativ ausgebaut werden, um eine weitere soziale Kommunikationsebene für

Arbeitslose zu schaffen. Es erübrigt sich, über den hohen Stellenwert solcher Kontakt- und Kommunikationsfelder für Arbeitslose und die Notwendigkeit zu meditieren, sie zu erhalten und auszubauen. Gewerkschaftliche Arbeit speziell in den neuen Bundesländern hat sich dem »negativen« Arbeitsmarkt und damit der Gruppe der Arbeitslosen, deren Zahl sich auch in der nächsten Zeit weiter erhöhen wird, intensiv zuzuwenden. Hinzu kommt, daß Versäumnisse der Gewerkschaften in diesem sensiblen Bereich sich unbedingt und gegenwärtig besonders schnell und unmittelbar bei denen destruktiv niederschlagen, die noch erwerbstätig sind – aber sich mit der Rolle des potentiellen Arbeitslosen doch schon abfinden – und von deren Stimmungs- und Meinungsbild Wirkung und Image der Gewerkschaften nicht unerheblich abhängen.

6. Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Studie belegen das Vorhandensein von Verhaltensdispositionen bei Langzeitarbeitslosen, die sie prinzipiell befähigen, mit einer Situation umzugehen, für die in der bisherigen Lebensgestaltung keine Einstellungen, Mechanismen und Instrumentarien ausgebildet werden konnten.

Offensichtlich sind Erfahrungen beim Erwerb von Wissen und Fertigkeiten und ihrer Anwendung im bisherigen Leben, sind Einstellungs- und Motivationsdimensionen disponiert, auf völlig neuartige Verhältnisse und Anforderungen reagieren zu können.

Die Lösung bisheriger Lebensprobleme erforderte, wollte man im Persönlichen wie im Beruflichen erfolgreich sein, ein hohes Maß an Anpassung – was nicht mit Angepaßtsein identisch ist –, Disponibilität, Kreativität und Wissen. Das führte zur Entwicklung solcher »Chauseigenschaften« wie Improvisationsvermögen und Risikoverhalten bezüglich bestimmter Bedingungen. Die in die Untersuchung einbezogenen Personen

*Tabelle 1:
Ambilanzen der Verhaltensdispositionen*

(A und B bezeichnen die die Verhaltensdispositionen charakterisierenden Merkmale; A die tendenziell stabilisierenden, B die tendenziell destabilisierenden Momente)

Bezugsrahmen	A	B
a) der Einschätzung der sozialen Beziehungen im Betrieb	<ul style="list-style-type: none"> – Erfahrung des Gemeinschafts-sinns – Fähigkeit der Ein- und Unterordnung – Realitätssinn bezüglich gesellschaftlicher Prozesse 	<ul style="list-style-type: none"> – Tendenz der Zurückhaltung der Eigenständigkeit – Verklärung der Vergangenheit
b) der Wertschätzung von Berufstätigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – dauerhafte Erfahrung der BT in ihrer Ganzheitlichkeit – BT hat primäre Bedeutung für Sinngehalt des Lebens – umfassendes Motivationspotential 	<ul style="list-style-type: none"> – Vorhandensein von Leistungsbereitschaft bei tendenzieller Leistungsmotivation
c) der Akzeptanz von Berufstätigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – ohne 	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeit als Außenimpuls für eigene Motivationschwäche

Bezugsrahmen	A	B
d) der Hoffnung auf Berufswiedereinstieg	<ul style="list-style-type: none"> – hohe Motivation für beruflichen Wiedereinstieg – Selbstvertrauen 	<ul style="list-style-type: none"> – Anzeichen von Hoffnungsverlust – Resignation ohne Selbstaufgabe – Zukunftsangst bezüglich finanzieller Sicherheit
e) der Veränderung der Alltagsroutine	<ul style="list-style-type: none"> – Sozialbeziehungen insgesamt noch intakt 	<ul style="list-style-type: none"> – Zerfall der Zeitstrukturen – Unfähigkeit der bewußten Nutzung der Zeit
f) der Eigeninitiative	<ul style="list-style-type: none"> – Verlaß nur auf sich selbst (Selbstbehauptung) 	<ul style="list-style-type: none"> – Motivation reaktiv

zählen zu denen, deren – einmal mehr, das andere Mal weniger – bisheriger Lebensweg erfolgreich verlief. Zu den Invarianten ihres Sozialverhaltens und damit zu jenen Verhaltensmustern und Eigenschaften, die die Handlungskompetenz auch dann ermöglichen, wenn sowohl die Kontinuität als auch die Punctualität von Anforderungen nicht präsent waren, zählen Erfahrungen des Gemeinschaftslebens, die Fähigkeit der Ein- und Unterordnung ohne Selbstaufgabe, eine lange Erfahrung der Berufstätigkeit in ihrer Ganzheitlichkeit, das Vermögen zur Gestaltung dauerhafter intakter Sozialbeziehungen, ein bestimmtes Maß an Selbstbehauptung sowie ein gewisser Realitätssinn, der sich durchaus auch Idealen erschloß.

Die Untersuchung belegt andererseits auch die Beschränkungen der Handlungsdispositionen. Diese sind hinreichend mit solchen Einstellungs- und Verhaltensmerkmalen wie tendenzieller Zurücknahme der Eigenständigkeit und einer Handlungsorientierung gekoppelt, deren Impuls von externen Bedingungen erwartet wird (Gesellschaft, Staat, Unternehmen, Verwaltungen usw.), einer Motivation, die vorrangig extrinsisch und reaktiv ist sowie einer (naiven) Gutgläubigkeit und vorhandener Hoffnung auch dann, wenn reale Gründe dafür nicht nachweisbar sind. Tendenzen einer Verklärung der Vergangenheit waren vorhanden, dominierten aber nicht.

Wenn die weiter vorn beschriebenen Einstellungs- und Verhaltensmuster als durch die Lebensbiographie bestimmt und somit als sozialisationsbedingt zu bezeichnen sind, so erwiesen sich andere Verhaltensänderungen durch die Umstände einer längeren Arbeitslosigkeit verursacht. Dazu gehört der Zerfall von Zeitstrukturen als geradezu »klassischem« Merkmal von längerer Arbeitslosigkeit. Dieser Vorgang ist verbunden mit zunehmender Unfähigkeit, die vorhandene Zeit sinnvoll zu nutzen. Anzeichen von Hoffnungsverlust bezüglich der Wiederaufnahme einer neuen Arbeit, Resignation, die aber noch nicht eine Selbstaufgabe einschloß, und vor allem Zukunftsangst im Hinblick auf zukünftige finanzielle Selbständigkeit und Sicherheit

können als Kennzeichen von Handlungsschwäche infolge der längeren Erwerbslosigkeit angesehen werden. Die in Untersuchungen und Studien bei Langzeitarbeitslosen in den alten Bundesländern bestätigten Folgen aus dieser Situation sind aber so (noch) nicht zu bestätigen.

Drei Aspekte sollen die Problemhaftigkeit der Arbeitslosigkeit, respektive der Langzeitarbeitslosigkeit, noch einmal betonen: *Erstens* treffen alle Maßnahmen zur Milderung der Langzeitarbeitslosigkeit – davon ist jeder dritte Arbeitslose betroffen – in den neuen Bundesländern derzeit auf ein soziales Medium, das für die BRD neu sein dürfte. Langzeitarbeitslose im Osten Deutschlands sind nicht den sozialen Rand- und Risikogruppen im traditionellen Sinne der BRD-Wirklichkeit zuzuschreiben. Wenngleich sich bei den Arbeitslosen in den neuen Bundesländern eine strukturelle Verschiebung in Richtung Ältere, Behinderte, Unqualifizierte und Frauen abzeichnet, sind gegenwärtig von der Arbeitslosigkeit nicht nur beide Geschlechter, sondern alle Alters-, Berufs- und Qualifikationsgruppen betroffen. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose, wie die vorliegende Untersuchung zeigt.

Im Zusammenhang damit ist deutlich geworden, daß die traditionelle Arbeitsmarktpolitik, die sich auf das nunmehr auch in den neuen Bundesländern praktizierte Arbeitsförderungsgesetz stützt, sich als völlig unzulänglich erweist, mit der spezifisch ostdeutschen Situation fertigzuwerden. Ein spezifisch auf soziale Problemgruppen ausgerichtetes Arbeitsförderungsgesetz reflektiert im Prinzip nicht die andere soziale Qualität der Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands.

Zweitens: Das bestehende hohe Niveau der Arbeitslosigkeit wird kurz- und mittelfristig nicht absinken. Vielmehr ist mit einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit auch dann zu rechnen, wenn sich die allgemeine konjunkturelle Lage deutlich verbessern sollte. Die Überwindung der wirtschaftlichen Regression wird sehr wahrscheinlich weitgehend an den Arbeitslosen vorbeigehen. Mit der wachsenden Zahl der Arbeitslosen

werdensich sowohl der Anteil der Langzeitarbeitslosen als auch die Tendenz verstärken, daß vorwiegend die traditionellen Rand- und Risikogruppen von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Dennoch wird sich die typisch ostdeutsche soziale Zusammensetzung der Arbeitslosen nicht kurz- bzw. mittelfristig verändern.

Eine erfolgreiche Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist selbstredend nur über die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im regulären Arbeitsmarkt möglich. Das setzt aber jedweder isoliert betriebenen Arbeitsmarktpolitik absolute Schranken und fordert die Verankerung arbeitsmarktpolitischer Programme in struktur- und regionalpolitische Strategien.

Allerdings existieren letztere, wenn, dann nur in Anfängen. Insofern erfüllen Untersuchungen zur Arbeitslosigkeit auch die Aufgabe, die Dringlichkeit solcher Konzepte zu veranschaulichen. Denn in Sachsen – und sicherlich nicht nur hier – existieren keine Struktur- und Regionalkonzepte, die sich sinnvoll mit arbeitsmarktpolitischen Intentionen vernetzen könnten. Wohl-gemerkt geht es um Konzepte, die die Spezifik ostdeutscher Wirklichkeit reflektieren, um von dieser Position her erfolgreiche Programme aus den alten Bundesländern bzw. deren Teile adaptieren zu können.

Drittens: Die Funktion von Arbeitsloseninitiativen wird sich erweitern. Eine gesellschaftlich hohe Wertschätzung dieser Tätigkeiten vor Ort sollte angesichts langandauernder Arbeitslosigkeit weitaus mehr in das öffentliche Bewußtsein rücken. Zwei Aspekte sollen die Tätigkeit der Arbeitsloseninitiativen beschreiben: Erstens wird der Beratungsbedarf steigen. Deshalb ist auch in Zukunft der therapeutische Wert der Beratungstätigkeit der Arbeitsloseninitiativen nicht zu unterschätzen. Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen, die die Problembewältigung der betroffenen Menschen schulen, sind rechtzeitig einzuleiten. Es ist davon auszugehen, daß die erste Welle der Arbeitslosigkeit weitgehend ohne Beratung und Betreuung erfolgte. Die jetzt verstärkt eintretende Langzeitarbeitslosigkeit bringt einen Anstieg sozial gefährdeter Menschen und verbietet Nachlässig

keiten und Gleichgültigkeit bei deren sozialer Begleitung. Zweitens muß die Beratung auch – zumindest ist der Versuch zu unternehmen – in ein verbindliches Angebot der Initiativen münden, die von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen wieder in das aktive Erwerbsleben einzugliedern. Dies ist im besonderen Maße über eine Projektarbeit zu realisieren. In den neuen Bundesländern wurden in der Regel mittels Förderung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen solche Projekte auf den Weg gebracht.

7. Literaturverzeichnis

ALT, R./J. ALTHAUS: Wie bewältigen die ostdeutschen ArbeitnehmerInnen die Abkehr von dem sozialistischen Integrationsmodell DDR-Betrieb. Jena 1993 [Unveröffentlichter Diskussionsbeitrag auf einer Konferenz der KSPW am 2./3. April 1993 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena].

ARBETSLOSEN-REPORT OST des Unabhängigen Meinungsforschungsinstituts INFO-GmbH. Zusammenfassende Darstellung. Berlin 1993.

AUXEL, C./E. VOLPRICH: Die Verantwortung der Kommune für die Minderung der Erwerbslosigkeit – eine Studie in Ostsachsen. Dresden 1993 (Basis-Manuskripte 9).

BERGMANN, B.: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993 (Texte zur politischen Bildung 4. Hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig).

– Einstellungen zum Beruf bei Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit – eine Studie im Raum Dresden. In: Th. Kieselbach/P. Voigt (Hrsg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim 1992. S. 227-239 (Psychologie sozialer Ungleichheit. Bd. 4).

Unterbrochene Erwerbsverläufe von Frauen mit Kinder. Köln 1992 (DIW-WOCHENBERICHT 19/1992).

ENGELBRECHT, G.: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Einstellungen ostdeutscher Frauen zur Erwerbstätigkeit zwei Jahre nach der Wende – Ergebnisse einer Befragung. In: IAB Werkstattbericht.

FRIEDRICH, H./M.1 WIEDEMEYER: Arbeitslosigkeit – ein Dauerproblem im vereinten Deutschland? Dimensionen, Ursachen, Strategien. Opladen 1992.

HEINE, M.: Arbeitsmarktperspektiven in den neuen Bundesländern aus makroökonomischer Sicht. In: Thomas Kieselbach/Peter Voigt (Hrsg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim 1992 (Psychologie sozialer Ungleichheit. Bd. 4).

HONDRICH, K./J. BEHRENS: Sozio-psychologische Mechanismen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit. In: Wirtschaftsdienst (1982) 2.

IAB WERKSTATTBERICHT.

JAHODA, M./P. F. LAZARSELD/H. ZEISEL: Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt am Main 1960.

KIESELBACH, Th./H. OFFE (Hrsg.): Arbeitslosigkeit, individuelle Verarbeitung, gesellschaftlicher Hintergrund. Darmstadt 1979.

KLEMENZ, B./R. SCHULTE/G. STRÖHLEIN (Hrsg.): Betriebliche Integration von Langzeitarbeitslosen. Bamberg 1993.

KRONAUER, M./B. VOGEL: Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit heute. Zwischen Chance auf Zeit und sozialer Ausgrenzung. In: SOFI Mitteilungen des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (1993) 1.

KÜHN, D.: Organisationen sozialer Arbeit. Administrative Strukturen und Handlungsformen im Sozialwesen. In: Soziologie. Gesellschaftliche Probleme und sozialberufliches Handeln. Frankfurt am Main 1992.

MORGENROTH, C.: Depression und Abwehr, Arbeitslosigkeit. Sonderband 1. Weinheim 1987.

PELZMANN, L.: Wirtschaftspsychologie. Arbeitslosenforschung, Schattenwirtschaft, Steuerpsychologie. Wien, New York 1988.

STRITTMATTER, F. J.: Langzeitarbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat. Nürnberg 1992 (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Hrsg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung).

UNTERSUCHUNG des Instituts für angewandte Innovationsforschung e.V. an der Ruhr-Universität Bochum 1992 [unveröffentlichtes Positionspapier].

VOIGT, P./R. HILL: Arbeitslosigkeit – ein spezifisches Problem in den neuen Bundesländern? Der Versuch einer Antwort am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern. In: Thomas Kieselbach/Peter Voigt (Hrsg.): Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim 1992 (Psychologie sozialer Ungleichheit. Bd. 4).



Prof. Dr. phil. habil. Elenor Volprich, geboren 1939 in Dresden, studierte Geschichte und Philosophie an der Universität Leipzig. 1969 promovierte sie mit einer soziologischen Arbeit zu weltanschaulichen Einstellungen bei Hochschulstudenten, und 1975 erfolgte die Habilitation zu soziologischen Aspekten der gesellschaftlichen Stellung der Studentenschaft. Die Berufung zur Hochschuldozentin 1972 und 1979 zur ordentlichen Professorin an der Technischen Universität Dresden beinhaltet die Verpflichtung, Lehrveranstaltungen in Philosophie und Soziologie wahrzunehmen und Forschungen auf dem Gebiet der Soziologie, speziell der Jugend-Studenten- und Ingenieursoziologie verantwortlich durchzuführen. Damit verbunden gestaltete sich eine intensive und dauerhafte Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig bis zu dessen Abwicklung im Jahre 1990. Elenor Volprich war Mitglied des Wissenschaftlichen Rates »Jugendforschung« und anderer wissenschaftlicher Beiräte der DDR und internationaler Gremien, so des Research Committee 34 (Sociology of Youth), einer Organisation der International Sociological Association (ISA). Die Ergebnisse der Forschungen zu »Sozialisation und Individuation von Hochschulstudenten und Absolventen« liegen in zahlreichen Publikationen, Forschungsberichten usw. vor. Veröffentlichungen u. a.: Umweltbewußtsein als konstruktive Alternative zum Zerfall alter Wertorientierungen. In: Ingenieurstudenten im Wandel – Aspekte ihrer Sozialisation. Hrsg. von Elenor Volprich. Dresden 1990; Technischeinstellungen im Wandel – Skizze zu Einstellungsänderungen bei Ingenieurstudenten. In: Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Frankfurt am Main, New York 1992.

Im Rahmen einer Tätigkeit in einer Beratungsagentur, die sich mit Arbeitsmarkt-, Struktur- und Regionalpolitik in Sachsen beschäftigt, führte sie wissenschaftliche Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten der Arbeitslosigkeit durch. Seit Januar 1994 ist sie geschäftsführende Direktorin der Kulturakademie (GmbH i. G.) Dresden.

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

»Mitteilungen«

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. – Erste Presseresonanz. S. 25-28.]– *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5-17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28-32. – Informationen des Vorstandes. S. 33-35.]– *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16.– Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17-30. – Informationen des Vorstandes. S. 31-33.]– *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20-31. – Informationen des Vorstandes. S. 32-34.]– *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17-35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.]– *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46. – Inhalt. S. 47.]– *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51-52. – Autoren dieses Heftes. S. 53. – Informationen des Vorstandes. S. 54.]– *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.]– *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. –

Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5-9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11-16. – Faksimiles. S. 17-36. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37-40. – Personalialia. S. 41-47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47-51. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 51-52.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 68 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 bis 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7-11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11-13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13 bis 14. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17-39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41-55. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 57-58.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7-14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15-26. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27-40. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41-48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinese Wall‹. Die DDR im Zwielficht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49-50. – Personalialia. S. 51. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 53-54.]

»*Texte zur politischen Bildung*«

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 8:* Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5-38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39-52. – *Heft 9:* Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 88 S.]

